Nr. 98.

Erscheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1892 unter Nr. 6652.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

9. Jahrg.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprech-Anschluß: Amt I, Nr. 4189.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Beuth-Straße 2. | Mittwoch, den 27. April 1892. | Expedition: Beuth-Straße 3.

Weltausstellung in Berlin.

Man schreibt uns über diese Frage, mit der wir uns gelegentlich noch beschäftigen werden:

„Der Plan einer Weltausstellung in Berlin beginnt festere Gestalt anzunehmen. Das Präsidium des deutschen Handelstages soll mit den Vorarbeiten für die Bildung eines Komitees beschäftigt sein; der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung bringen dem Unternehmen große Sympathie entgegen und sind bereit, es thatkräftig zu unterstützen; der Reichskanzler hat die finanzielle Bethätigung des Reiches in Aussicht gestellt, und die im deutschen Handelstag vertretenen Handelskammern haben bereits im vorigen Jahre beschlossen, einer Weltausstellung in Berlin die Wege zu ebnen.

Dieser Beschluß stützt sich auf eine Verhandlung, in welcher die Frage eingehend erörtert wurde, ob Weltausstellungen überhaupt nützlich und nothwendig erscheinen, und ob Deutschland in der Lage sei, die Kulturvölker zur Ausstellung ihrer Erzeugnisse nach Berlin einzuladen.

Diese Frage wurde mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit in bejahendem Sinne beantwortet, und auch die wenigen Vertreter der Minderheit glaubten die Betheiligung ihrer Industriezweige in Aussicht stellen zu können.

So scheint es also, daß nach Chicago sich die Kulturvölker des Erdrunds in Berlin zu friedlichem Wettkampf zusammenfinden werden, ein Unternehmen, welches mehr wie alle platonischen Friedenskundgebungen die Bürgschaft des Weltfriedens, wenigstens soweit die „Regierten" in Frage kommen, in sich schließt.

Wir wollen uns heute nicht mit den zwar beachtenswerthen, aber immerhin doch nur sekundären Fragen des materiellen Erfolges für die Industrie beschäftigen; ebensowenig ziehen wir die etwaigen Vor- oder Nachtheile, die für Berlin in Aussicht stehen, in den Kreis unserer heutigen Betrachtungen — das Alles sind Dinge, die erst in zweiter Linie Berücksichtigung verdienen.

Die Zusammenführung der Völker, die Verbrüderung derselben auf einem — fern von allem Chauvinismus — nur der Vervollkommnung menschlicher Arbeit geweihten Gebiet, diese Gesichtspunkte sind es, die unsere Stellung zu den Weltausstellungen bedingen.

Nicht der Jahrmarktstrubel, der von solchen Veranstaltungen der Bourgeoisie untrennbar ist; nicht die amtlichen Friedensversicherungen, die von Macht zu Macht bei solcher Gelegenheit ausgetauscht werden; nicht die „Orden", ebensowenig die „Preise" und „Diplome", welche das Unternehmerthum einheimst, kommen für uns in Frage, sondern einzig und allein die Förderung der internationalen Beziehungen von Volk zu Volk, welche in einer Weltausstellung ihren Ausdruck findet.

In diesem Sinne halten wir es für zweckmäßig und angemessen, wenn die deutsche Industrie Vorbereitungen trifft, um sich das Anrecht auf die Veranstaltung der nächstfolgenden Weltausstellung zu sichern. Wir brauchen uns nicht zu scheuen, die Welt zu Gaste zu laden; wir glauben, daß die deutsche Industrie so leistungsfähig ist, daß sie ohne Sorge sich den Mitkämpfern an die Seite stellen kann.

Weltausstellungen sind Schulen im besten Sinne des Worts; die Völker lehren und lernen auf denselben, und der Pflege kultureller Bestrebungen gewidmet, bilden die Weltausstellungen eine Huldigung der Arbeit und des wahren Menschenthums, gewähren in dem wüsten kapitalistischen Treiben unserer Tage einen lichtvollen Ausblick auf die zukünftige, der Wohlfahrt der gesammten Menschheit dienende Gesellschaft. Zum Ruhme der Arbeit, auf allen Gebieten menschlichen Wissens, bringen die zivilisirten Völker ihre Erzeugnisse zur Ausstellung; neidlos die Vorzüge und Ueberlegenheit Anderer anerkennend, mit berechtigter Genugthuung auf die eigenen Leistungen verweisend, ringen die Streiter um den Preis, der ihnen allen gemeinsam zu Theil wird, durch ihr Werk selbst, welches uns dem hehren Ziel wahren Menschenthums einen Schritt näher bringt. Neben der Völkerverbrüderung, welches das einzige der Arbeiterklasse aller Länder würdige Kampfesmittel ist, der verhetzenden chauvinistischen Agitation der sogenannten „Mordspatrioten", die es in allen Ländern giebt, den Boden abzugraben, sehen wir in der Förderung eines, über Chicago hinausragenden Weltausstellungsplanes eine Friedensbürgschaft, die bei der Unsicherheit der allgemeinen Lage nur willkommen sein kann; die Völker haben kein Interesse an einem Krieg; sie sehen ihre Aufgabe nicht darin, daß sie sich gegenseitig zerfleischen; sie wollen die Wirkung des rauchlosen Pulvers, der kleinkalibrigen Gewehre, der schnellfeuernden Kanonen nicht an sich erproben; die Arbeiter aller Länder haben höhere Ziele als gegenseitiges Morden; in gemeinsamer Thätigkeit kämpfen sie für die Befreiung der Arbeiterklasse; bei diesem Kampfe giebt es keine nationale Grenzen, hier steht das internationale Proletariat der internationalen Bourgeoisie gegenüber; nationaler Chauvinismus, dynastische Interessen oder andere, in der bürgerlichen Gesellschaft liegende Gründe haben damit nichts zu thun.

Die Vorbereitungen für eine, etwa in das Jahr 1898 zu legende Weltausstellung werden hoffentlich die aus den genannten Gründen vorhandenen oder noch entstehenden Kriegsgelüste im Keime ersticken und schon um dieser Wirkung willen sei uns die Berliner Weltausstellung gegrüßt. Die berufenen Faktoren in Deutschland, vor Allem die Industrie, dann das Reich und die Stadt Berlin sind, wie es scheint, entschlossen, der übernächsten Weltausstellung in Berlin die Stätte zu bereiten, wollen die gesammte Kulturwelt zu Gaste laden, um für eine kurze Zeit Berlin zum Sammelpunkte der Welt zu machen.

Wir sind überzeugt, daß alle Länder dieser Einladung Folge leisten, daß Deutschland keine verschlossenen Thüren findet, daß alle Nationen sich an diesem Geistesturnier betheiligen werden.

Es ist ein bekannter Erfahrungssatz: Das Volk, das sich an solchem Ringen nicht betheiligt, schließt sich selbst von dem Wettbewerb aus, und seine Industrie ist das Opfer einer Zurückhaltung, für welche es weder auf dem politischen noch auf dem wirthschaftlichen Gebiete Gründe giebt. Die deutsche Industrie hat das Fernbleiben von der Weltausstellung in Paris schwer büßen, und größere Opfer, als die Ausstellung erfordert hätte, nachträglich bringen müssen, um wiederzugewinnen, was sie durch lächerlichen Chauvinismus auf dem Weltmarkt verloren hat.

Aber ganz abgesehen hiervon haben wir keine Sorge, daß die Berliner Weltausstellung von den übrigen Nationen gut beschickt wird; es ist die erste Weltausstellung in Deutschland; die internationale Solidarität der industriellen Interessen wird neben den idealen Gesichtspunkten in allen Kulturländern der Welt so mächtig sein, daß jede Möglichkeit einer Ablehnung absolut ausgeschlossen ist.

Treffen unsere Voraussetzungen zu, so wird Berlin in einigen Jahren der Schauplatz eines Friedenswerkes werden, zu dessen würdiger Ausführung es seine volle Kraft aufwenden muß. Das Reich und die Stadt müssen Alles aufbieten, um den fremden Gästen, Ausstellern und Besuchern, den Aufenthalt in Deutschland — denn bei einem Besuche von Berlin wird es bei den meisten fremdländischen Gästen nicht bleiben — angenehm zu machen.

Eine schwere, verantwortungsvolle, aber um so dankenswerthere Aufgabe fällt namentlich der Stadt Berlin — sowohl ihrer Verwaltung, als der Bürgerschaft — zu; erstere hat hier Gelegenheit zu einer noblen, freigebigen Unterstützung einer Kulturaufgabe; letztere wird ihren guten Ruf von der Aufnahme und finanziellen Behandlung der Ausstellungsbesucher abhängig gemacht sehen.

Wenn Alles energisch Hand anlegt, so wird Berlin die Feuerprobe bestehen und dem scheidenden Jahrhundert noch das Schauspiel einer Weltausstellung in Deutschland zu Theil werden. Die Weltausstellung in Paris vom Jahre 1889 war nicht nur eine Industrie-Ausstellung, sondern eine wahrhafte Völkerverbrüderung, eine Vereinigung, auf welcher nicht nur die Aussteller, sondern in den Erzeugnissen ihrer Industrie die Völker selbst sich zu einträchtiger, brüderlicher Arbeit die Hand reichten; ein Weltparlament, auf welchem im Andenken an die Erstürmung der Bastille das Proletariat aller Länder sich zu gemeinsamem Kampfe gegen den Kapitalismus aufs Neue verbunden hat.

In Chicago werden die letzten Vorbereitungen für die nächstjährige Weltausstellung getroffen; auch auf dieses Riesenwerk, dem Gelingen und Erfolg sicher ist, trifft das von uns Gesagte in vollstem Maße zu.

Auf dem jungfräulichen Boden Amerika's wird im nächsten Jahre der Menschheitsgedanke Triumphe feiern; für die gesammte Kulturwelt wird die Ausstellung in Chicago ein bleibendes Denkmal internationaler Verbrüderung, ein Markstein schaffensfroher Arbeit sein.

So sind Weltausstellungen im wahrsten Sinne des Worts Friedenskongresse der Völker, und wenn die neue Welt im nächsten Jahre ihre Ausstellung schließt, wenn die

Feuilleton.

Nachdruck verboten.] [98

Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Büchern
von A. Otto Walster.

Herr Musselich wurde bei seinem Besuche sehr gnädig empfangen, ohne daß er darüber eine besondere Freude zu empfinden vermochte:

„Guten Tag, lieber Herr Musselich," rief sogar der allgewaltige Mann, der so viele Existenzen, höhere wie niedere, in seiner Hand hatte. „Sie haben viel Unglück in der letzten Zeit gehabt; das kommt vor; Sie müssen deshalb nicht verzweifeln. Sehen Sie, ich verzweifle auch nicht, habe sogar heute zu Ihrer Ermuthigung und Stärkung eine Flasche Wein anfahren lassen. Was sagen Sie nun dazu, he? werden wohl sagen, der Seidenspinner ist ein Verschwender geworden in seinen gesetzten Jahren?"

„Sie können es wohl daran wenden", seufzte Musselich.

„Ich kann es daran wenden, ja, obwohl ich es selten thue; denn der Sonntage giebt es 52, und die Feiertage sind dabei noch gar nicht einmal gerechnet. Aber einem so bewährten Freunde, wie Ihnen, muß man auch einmal etwas vorsetzen können, sonst hol' der Teufel das Geschäft. Was macht denn Ihr Fannychen, lieber Herr Musselich?"

„Befindet sich wohl," seufzte Musselich weiter.

„Befindet sich wohl; Ist mir lieb zu hören", bemerkte schmunzelnd der Geldverleiher und ergriff nunmehr die Flasche, welche Musselich schon lange ins Auge gefaßt hatte.

Die Gläser wurden gefüllt; und Seidenspinner war dermaßen in „Gemüthlichkeit" gerathen, daß er, alle seine guten Grundsätze vergessend, das Signal zum Trinken seines Weines gab, indem er mit quiekender Stimme ausrief:

„Der allerliebsten kleinen Fanny Gesundheit!"

Musselich erbebte im tiefsten Innern, aber er stieß mit an und trank.

„Sie scheinen mir ein wenig niedergeschlagen, mein Freund," bemerkte Seidenspinner mit liebenswürdiger Leutseligkeit.

„Es geht mir schlecht," bemerkte Musselich.

„Ich begreife; es ist Ihnen etwas Ungewohntes. Sie können noch nicht ruhigen Muthes alle die Wechselfälle ertragen, die bei unserem Geschäfte nicht ausbleiben können. Wenn man aber, wie ich, trotz aller solcher Wechselfälle mit der Zeit ein leidliches Sümmchen zusammengebracht hat, dann sieht man solche Vorkommnisse ruhiger an."

„Das glaube ich gern; Sie mögen wohl ein hübsches Sümmchen zusammengebracht haben."

„O ja; wie hoch schätzen Sie mich nun wohl?"

„Ei, ich denke, einmalhunderttausend Thaler werden wohl kaum langen," meinte Musselich etwas schüchtern.

„Sagen Sie getrost: ein Millionchen," entgegnete Seidenspinner selbstzufrieden. „Wo denken Sie hin? über dreißig Jahre im Geschäft; wenn das nicht flecken will!"

„Eine Million!" murmelte Musselich leise vor sich hin, „und diese Gans kann ihr Glück nicht begreifen!"

„Gans? wie? Gans?" rief Seidenspinner, die Ohren spitzend, welche das leise Murmeln des Geschäftsfreundes vernommen.

„Ja, eine Gans ist meine Tochter," rief der würdige Expeditionsvorstand mit Zusammenraffung seiner ganzen Energie. „Denken Sie nur, meine Tochter will ihr Glück nicht fassen und ist unseren Plänen ganz entgegen?"

„Herr Musselich, was reden Sie da!" rief Seidenspinner überrascht; „wie kann das möglich sein? Sie sagten mir doch, das Herz Ihrer Fanny hätte noch nicht gewählt?"

„Es hatte damals auch noch nicht gewählt; aber inzwischen hat sich herausgestellt, daß ein gewisser Frank, der noch dazu in Wechselarrest sitzt, sie für sich eingenommen hat, so daß sie für keinen anderen Vorschlag mehr empfänglich ist."

„Wie? jener saubere Frank, den ich durch Krammherz schon seit Monaten in Wechselarrest halte?"

„Derselbe."

„Nun, da werden Sie doch wohl ein ordentliches Wort gesprochen haben, Herr Musselich, damit sie von diesen albernen Ideen zurückkommt."

„Das habe ich allerdings gethan, wie Sie wohl denken können, aber das Mädchen hat ganz den Charakter ihrer Mutter: sie ist schrecklich eigensinnig."

„Und Sie lassen ihr das durchgehen?"

„Was soll ich thun? Sie besteht auf ihrem „Nein" und will sogar lieber in fremde Dienste gehen."

„Sie haben das Kind schlecht erzogen."

„Was soll ich dabei thun? Ich bin den ganzen Tag nicht zu Hause."

zum Welt-Rendezvous dort vereinigten Völker sich wieder ihrer Heimath zuwenden, dann möge in dem Scheidegruß zugleich die frohe Zusicherung liegen:

Auf Wiedersehen in Berlin!"

Das System Stumm.

Der „Frankfurter Zeitung" wird aus Neunkirchen, dem Stammsitze des Herrn von Stumm, unter'm 25. April gemeldet:

„Der Kaiser hielt bei der Prämienvertheilung an die Stumm'schen Arbeiter eine Rede, worin er das Verhältniß der Neunkirchener Arbeiter zu Stumm als mustergiltig und segenbringend pries. Er wünsche der gesammten deutschen Industrie solche Verhältnisse."

Die Zustände im Königreich Stumm sind so bekannt, daß es genügt, sie mit Einem Wort als die typische Form der höchstentwickelten Unternehmersendalität zu bezeichnen. Stumm, der in seiner letzten berufenen Reichstagsrede eine verschärfte Neuauflage des Sozialistengesetzes rein aus dem Stegreif forderte, herrscht als unumschränkter Gebieter, duldet in seinem Industriegebiet keine Arbeiterbewegung, wie überhaupt keine von der seinen abweichende politische Meinung, er übt Zensur an der Lektüre so gut wie an der Lebensführung der von ihm angewendeten Arbeiter, ertheilt den Heirathskonsens wie ein Grandseigneur des achtzehnten Jahrhunderts, kurz, repräsentirt den patriarchalisch aufstaffirten Absolutismus des Geldsacks in ausgeprägtester Form.

Hat in der That der deutsche Kaiser dies Verhältniß zwischen Stumm und seinen Arbeitern als „mustergiltig und segenbringend" gepriesen, so ist diese Rede wie so viele andere des Monarchen der Ausdruck seiner privaten Ansicht, die für uns nur die Bedeutung einer solchen hat, bis sie durch die verfassungsmäßig vorgeschriebenen Maßnahmen einen öffentlich-rechtlichen Charakter annimmt.

Unsere Kritik würde in der Form eine andere sein, wenn es sich um eine Regierungs-Kundgebung, gegengezeichnet von den verantwortlichen Ministern, handelte. Dem Inhalte nach aber ist sie natürlich die gleiche auch gegenüber der privaten Aeußerung Kaiser Wilhelm II. Bewegt sich der Regent auch diesmal wieder auf einem Terrain, das ihn der konstitutionellen Schutzwehr beraubt, so hat er auch die Konsequenzen dieses Thuns auf sich zu nehmen.

Wenn der Kaiser einen Zustand, der den Tod jeder selbständigen Regung der Arbeiterklasse bedeutet, billigt und für den normalen hält, so haben wir zu erklären, daß er sich mit einer Unternehmerpolitik identifizirt, die nicht einmal von der Mehrheit der deutschen Unternehmer verfolgt wird. Denn die Praxis des von Stumm bedeutet die Hörigkeit der Arbeiterschaft, sie ist, alles Uebrige gleichgesetzt, ein Analogon zu dem gutsherrlich-bäuerlichen Verhältniß vergangener Jahrhunderte, eine rückständige Erscheinung, die nur in dem weltverlornen, dem modernen Verkehr und den modernen Ideen ferngebliebenen Winkel des Saarreviers sich derart entfalten konnte.

Herr von Stumm ist und fühlt sich als selbstherrlicher Gebieter, als industrieller Roi Soleil (Sonnenkönig), und es ist verständlich, daß die politische Romantik, die in unseren Tagen ihre Wiedergeburt feiert, Gefallen an diesen Verhältnissen findet. Wer das persönliche Regiment als den Leiter seines Handelns betrachtet, der mag es preisen, daß Stumm nach dem Grundsatze Friedrich Wilhelm IV. regiert, der „kein Blatt Papier" dulden wollte „zwischen sich und seinem Volke". Aber die geschichtliche Entwickelung ist unbarmherzig. Auf die feierliche Erklärung des geistreichen, redefrohen Königs setzte sie als Trumpf die Märztage, und auf die Autokratie des Herrn Stumm reagirt sie mit dem sozialen Fortschritt, der die Arbeiterklasse auch im Saarrevier aufrüttelt und der Krückstock-Methode des Selbstherrschers von Neunkirchen entrücken wird.

Wer meint, daß in der „ganzen deutschen Industrie" das System Stumm heute noch durchführbar sei, der übersieht, daß die moderne Arbeiterbewegung ein für alle mal die Rückkehr zu diesem kapitalistischen Patriarchenthum unmöglich gemacht hat. Ebenso wenig wie die heutige Spinnerei von der Mule-Jenny zum Spinnrad, ebenso wenig kehrt die deutsche Industrie zum Stumm'schen Feudalismus zurück. Dieser wird in absehbarer Zeit dank der Sozialdemokratie abgewirthschaftet haben, an der Wende eines Jahrhunderts, das „im Zeichen des Verkehrs" steht, in einer Periode, die das kämpfende Proletariat zur stärksten politischen Partei Deutschlands gemacht hat.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. April.

Aus dem Abgeordnetenhause. Die deutschfreisinnige Fraktion hat am 26. April sich dahin geeinigt, zwei Anträge zu stellen. Sie beschloß, von der Staatsregierung darüber Auskunft zu verlangen, ob die Gerüchte, welche bezüglich der Veranstaltung einer Lotterie zwecks Umgestaltung des Schloßplatzes umlaufen, wahr seien. Sodann wird die Fraktion die Staatsregierung ersuchen, die Einkommensteuer-Ergebnisse im Allgemeinen, sowie bezüglich der größeren Kommunen zu veröffentlichen und eine diesbezügliche Denkschrift vorzulegen. —

Das Abgeordnetenhaus berieth in seiner ersten Sitzung nach den Ferien am 26. April in erster Lesung die sogenannte Tertiärbahnvorlage, welche für den Bau und Betrieb der Bahnen unterster Ordnung, der Lokalbahnen jeder Art, Eisenbahnen, Pferdebahnen, Dampfstraßenbahnen, elektrische Bahnen u. dgl. allgemeine landesgesetzliche Unterlagen und Bedingungen schaffen soll. Die Vorlage fand bei den konservativen Rednern freundliche Aufnahme, stieß aber bei den Nationalliberalen, Freisinnigen und Polen hinsichtlich einzelner Bestimmungen auf Widerspruch. Abg. Rickert gefiel es am wenigsten, daß die Pferdebahnen unter das Gesetz fallen sollen; es soll das angeblich gegen die Reichs-Gewerbe-Ordnung verstoßen. Die Vorlage wurde schließlich einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses findet am Mittwoch statt. Rechnungsvorlagen, Anträge, Petitionen bilden die Tagesordnung. —

Wollzoll. Herr von Diest-Daber, bekannt aus seinem Konflikt mit Bismarck und durch seine Enthüllungen über die Militärdienst-Schwindeleien der rheinischen Patrizier, macht in der „Kreuz-Zeitung" (Nr. 193 vom 26. April) seinem gepreßten Agrarier-Herzen Luft. Daß sein Lieblingsprojekt, der Wollzoll, auf dem Wunschzettel nicht fehlt, versteht sich am Rande. Der Wollzoll in Amerika sei bis zum Jahre 1883 einem Prohibitivzoll gleichgekommen; er habe noch im Jahre 1887 betragen

für ungewaschene Wolle = 46,20 M. für den Zentner,
für gewaschene Wolle = 92,40 „ „ „ „
für fabrikmäßig gewaschene = 138,60 „ „ „ „

Die Folgen davon waren für den Schafbestand in Amerika nach statistischen Nachrichten, welche für die Jahre 1860 bis 1885 vorliegen:

im Jahre 1860 = 19 Millionen Schafe,
„ „ 1870 = 28 „ „
„ „ 1880 = 42 „ „
„ „ 1883 = 49 „ „
„ „ 1885 = über 50 „ „

Jetzt sei Amerika, nachdem es seinen Bedarf durch eigene Erzeugung mehr und mehr gedeckt habe, in der Lage, die Eingangszölle auf Wolle nach und nach herabzusetzen. In Deutschland dagegen sei der Schafstand in umgekehrter Progression zurückgegangen, da hier die rohe Wolle frei eingehe und die gekämmte Wolle gleich 1 M., sage eine Mark für den Zentner Eingangszoll zahle. Man biete in diesem Jahre 36 bis 40 M. für den Zentner ungewaschene Wolle und 100 M. für den Zentner gewaschene Wolle. Dafür sei keine Wolle zu produziren und die deutschen Schäfereien, früher eine Haupteinnahmequelle der ärmeren östlichen Provinzen, insbesondere auch der kleineren Besitzer, seien dem Ruin preisgegeben. Der Grund liege in dem Massenimport australischer und südamerikanischer Wollen, welche die mit 4½ Millionen vom Deutschen Reiche subventionirten Dampfer der künstlich großgezogenen Textilindustrie zum großen Theile als Rückfracht zuführen. „Bisher," sagt von Diest-Daber, „war das Wort „Wollzoll" im Reichstage derartig verpönt, daß es nicht einmal die konservativen Mitglieder mehr in den Mund zu nehmen wagten, obwohl ein solcher Zoll in angemessener Höhe ein Hauptmittel wäre, um der deutschen Landwirthschaft aufzuhelfen. Und doch könnte das Reich nach dem Beispiele von Amerika aus einem solchen Zolle zugleich bedeutende Einnahmen herleiten. Gegenüber den Lebensinteressen einer halben Million landwirthschaftlicher Betriebe, die selbst bei der heutigen Preislage noch Schafe halten, also auf die Schafhaltung unter allen Umständen angewiesen sind, kann eine mögliche geringe Beunruhigung unserer Wollindustrie gar nicht in Betracht kommen. Es handelt sich keineswegs „um die Existenz" dieser Industrie, sondern nur darum, ob sie vielleicht mit etwas geringerem Vortheil arbeitet. . . .

„Der Grund der Zaghaftigkeit des Reichstages war vor allem, daß der Fürst Bismarck ein ausgesprochener scharfer Gegner des Wollzolles war und nicht einmal leiden wollte, daß der Fachminister der Landwirthschaft für denselben eintrat. Der Einsender (Diest-Daber) hatte zufällig Kenntniß davon erhalten, daß der frühere Minister v. Lucius warm für diesen Zoll eingetreten war und erwähnte dies in einem Vortrage im Kongreß deutscher Landwirthe. Nach Beendigung desselben bat ihn ein anwesender Geheimrath, dafür sorgen zu wollen, daß diese Stelle in dem stenographischen Berichte gestrichen würde, da Fürst Bismarck davon unangenehm berührt sein dürfte. Natürlich lehnte Einsender dies ab, die Stelle fehlte aber später. Dies kennzeichnet die damalige Situation." Diese intimen Mittheilungen aus der Aera Bismarckischer Herrlichkeit sind auch heute noch von Interesse. Im Uebrigen ist das Verlangen nach einem Wollzoll, der einzig und allein den schafzüchtenden Großgrundbesitzern zu Gute kommt, so gerechtfertigt etwa wie das nach Getreidezöllen. —

Ein dreiblättriges Kleeblatt. Gegen den Plan einer Vermögenssteuer, wie ihn der Miquel'sche Steuerprogramm-Entwurf entwickelt, wenden sich der „Westfälische Merkur", das Organ des ultramontanen Krautjunkers von Schorlemer-Alst, die „Freisinnige Zeitung", der Moniteur Eugen Richter's und die Hamburger Nachrichten", das Bismarckische Amtsblatt, mit dem gleichen schwungvollen Eifer. In der Vertheidigung der Geldsacksinteressen ist diese liebliche Dreiheit Ein Herz und Eine Seele. Bismarck, zitternd für das ihm Heiligste, erklärt in den „Hamburger Nachrichten", die geplante Vermögenssteuer „sei unter allen Umständen ein brutales, vexatorisches Gesetz mit der Tendenz, den reichen Mann in gehässiger Weise zu treffen, mit der Wirkung, die Erwerbsthätigkeit der Nation einzuschränken und die allgemeine Unzufriedenheit zu erhöhen." Grade so wehmüthig erbittert klingt das Klagelied des klerikalen Kavaliers und des deutschfreisinnigen Parteiführers.

Was insbesondere die Kritik des Ex-Kanzlers betrifft, so ist sie recht bezeichnend für den Mann. Seine Gesetze hatten allerdings nicht die „Tendenz, die Reichen — zu treffen", sondern die umgekehrte, den Reichen die Taschen auf Kosten des „armen Mannes" zu füllen. Die „Nation" sind für den erbosten Reichsnörgler die von ihm gezüchteten Millionäre, seine eigene Person eingeschlossen, und die „allgemeine" Unzufriedenheit ist die Unzufriedenheit dieser Millionen besitzenden Armen. Zu unserem großen Bedauern verdient übrigens die Vermögenssteuer das Lob nicht, welches in diesem Gallenerguß enthalten ist — den Gallenerguß aber begreifen wir sehr wohl, denn die Vermögenssteuer zwingt den armen Mann von Friedrichsruhe, zu offenbaren, wie — arm er ist! Herr Miquel, dem der Angriff in erster Linie gilt, grämt sich sicherlich nicht allzusehr über diesen exreichskanzlerischen embarras de richesses (diese Verlegenheit des Zuviel). —

Majestätsbeleidigungs-Prozeß. Die gegen die „Neuesten Nachrichten" in Berlin erhobene Majestätsbeleidigungs-Anklage ist zurückgezogen worden. —

„Halbheit." Auf unsre Kritik des evangelisch-sozialen Kongresses (Nr. 96 vom 24. April) reagirt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" das offiziöse Organ der preußischen Regierung (Nr. 194 vom 26. April), von welcher erst kürzlich der preußische Hofhistoriograph Heinrich von Treitschke gesagt, daß sie „in allem Wandel der Zeiten ihrer angeborenen Unappetitlichkeit treu bleibt", mit dem plumpen Ungeschick, dessen nur sie fähig ist. Sie greift ziellos die Schlußworte unsres Artikels, auf den einzugehen sie aus leicht begreiflichen Ursachen sich hütet, heraus, um zu erklären, die Sozialdemokratie hätte kein Recht, „gegen Andere mit dem Vorwurf der Halbheit zu operiren". Und als Beweis hierfür wird ins Gefecht geführt — das Erfurter Programm. Nachdem gerade der Theoretiker des evangelisch-sozialen Kongresses unter lebhaftem Beifall seinen Hörern den Nachweis erbracht hat, daß gerade das in Erfurt formulirte Programm den Sieg des von Marx begründeten wissenschaftlichen Sozialismus bedeute, ist es überflüssig, mit dem Pindter über die „Halbheit" und die „prinzipielle Geschlossenheit" der Sozialdemokratie zu rechten. —

Zur Charakteristik des bayerischen Liberalismus. Wir haben seiner Zeit berichtet, daß der Petitionsausschuß der bayerischen Kammer die Petitionen zu Gunsten einer Landtags-Wahlreform unter den Tisch hat fallen lassen.

„Und somit glauben Sie mir keine Hoffnung geben zu können?"

„Leider nein," seufzte Musselich.

„Nun, nun; wir wollen sehen," meinte der Wucherer und stöpselte die Flasche Wein zu, die er jetzt neben sich auf die Diele des Zimmers setzte.

„Es thut mir außerordentlich leid," bemerkte Musselich weiter.

„Ich glaube es Ihnen, Herr Musselich, aber sagen Sie mir, wie soll es denn mit den beiden Wechseln des Rittmeisters von Ottenweil werden?"

„Die sind verloren; der Rittmeister ist mit manchen anderen Schulden durchgebrannt."

„So? und wer bezahlt nun für ihn?"

„Das werde ich wohl sein müssen."

„Sie sind in der letzten Zeit recht leichtsinnig gewesen."

„Das weiß Gott," seufzte Musselich weiter, „es ist kein Segen mehr in dem Geschäft."

„Das sagen Sie allein; es liegt nur an Ihnen; bei den Anderen mache ich doch solche Erfahrungen nicht. Sie sind zu gierig, Sie verborgen in's Gelage hinein, denken nur an die hohen Zinsen und nicht an die Sicherheit."

„Ich denke, es wird sich Alles machen, wenn Sie mir nur etwas Zeit gönnen."

„Ja, Herr Musselich, die Sache ist nicht so leicht, wie Sie denken; Sie haben schon bei der Findeisen'schen Angelegenheit einen ganz kolossalen derben Bock geschossen, Sie sind halb und halb ruinirt. Was denken Sie denn? Mein Geld ist doch kein Blech? Sie müssen mir Sicherheit bieten, lieber Musselich, sonst bin ich es meiner eigenen Sicherheit und Existenz schuldig, daß ich entschieden gegen Sie auftrete. Sie haben das Geld von mir billiger, als irgend ein Anderer; da büßte ich ja geradezu vom Kapital ein."

„Sie versprachen mir aber doch, daß Sie wegen meiner schweren Verluste ein Auge zudrücken wollten."

„Ja, ich wollte sogar ein Opfer bringen, weil ich dachte: unter Verwandten darf man sich schon aushelfen. Wenn aber die Sachen so stehen, wie Sie mir eben gesagt . . .?"

„Ich denke, es wird sich doch noch machen."

„Sehen Sie zu; Entweder — Oder! Ich lasse mich in dieser Weise auf keinen Vertrag ein. Ich habe Sie persönlich ganz lieb; aber erst das Geschäft und dann die Freundschaft; wo bliebe denn sonst ich? Sie werden das einsehen, denn Sie sind ein praktischer Mensch."

„Ich denke, meine Tochter wird doch zur Vernunft kommen."

„Dann würde sich eine Ausgleichung unter uns finden lassen, — das ist nun ganz selbstverständlich."

„Nun, Herr Seidenspinner, auf jeden Fall werden Sie menschlich handeln; ich bin Familienvater, wie Sie wissen, und ich habe Sie schon manches schöne Tausend verdienen lassen."

„Nur keine Gefühlsschwärmereien, Herr Musselich; Sie haben gegen 9000 Thaler von mir; sehen Sie zu, wie Sie mir gerecht werden. Wenn freilich, wie gesagt, wir in nähere Berührung zu einander treten sollten, will ich Ihnen gern längere Fristen gewähren, das versteht sich ja von selber; wenn aber nicht — dann freilich nicht."

„Ich werde thun, was ich kann, aber leider vermag ich Ihnen nur wenig Hoffnung zu geben."

„Nun, dann nicht, dann wird es mir sehr leid thun. Aber, Herr Musselich, ich will es Ihnen gestehen, ich habe mich in Ihr kleines Mädchen verliebt; Sie sind jetzt ein ziemlich ruinirter Mann, 5—6000 Thaler würde ich trotzdem daran riskiren, wenn sich die Heirathsangelegenheit machte. 5—6000 Thaler, denken Sie daran; und nun, wie steht's? Können Sie mir Hoffnung machen? Können und wollen Sie das?"

„Ich kann es nicht, wenn ich's auch wollte."

„Nun, dann sehen Sie zu; ich habe da nichts mehr hinzuzusetzen. Sagen Sie Ihrer Tochter Alles, wie es steht, und dringen Sie in dieselbe, daß sie mir selber über meinen Antrag eine Zuschrift sendet, aus der ich den Erfolg erkennen kann. Können Sie das bei Ihrer Tochter noch zu Stande bringen?"

„Das kann ich auf jeden Fall zu Stande bringen."

„Ich erwarte die Antwort noch heute."

„Sie werden sie noch heute erhalten."

„Gut, Herr Musselich; ich glaube, wir sind damit einstweilen fertig mit einander?"

Die würdigen Erdenpilger trennten sich hierauf: Musselich, um grollend und ermahnend sein Mittagsmahl im Kreise seiner Familie einzunehmen, Seidenspinner, um den vor acht Tagen gebratenen Rindsleberrest zu verzehren. Der gewöhnliche Sonntag-Nachmittagskaffee, welcher für die ganze nächste Woche aushalten zu müssen die Bestimmung hatte, wurde diesmal ausnahmsweise nicht gekocht. Gegen vier Uhr Nachmittags erhielt er einen Brief, der in zierlichen Schriftzeichen folgende unliebenswürdige Zeilen enthielt:

„Geehrter Herr!

Lassen Sie sich von mir sagen, daß mein Herz längst gewählt hat und von Ihren gütigen Anerbietungen keinen Gebrauch machen kann. Mögen Sie, ich wünsche es von ganzem Herzen, eine Lebensgefährtin finden, die Ihnen meine Wenigkeit ersetzt. Werden Sie glücklich mit derselben und vergessen Sie infolge dessen so schnell wie möglich

Ihre

ergebenste

Fanny Musselich."

An diesem Abende aß Herr Seidenspinner kein Abendessen; er trank auch am Abend keinen Kaffee; aber er brütete Rachegedanken, in allererster Reihe gegen den unglücklichen Expeditionsvorstand.

Siebenzehntes Kapitel.

Noch eine Gerichtsszene.

Zum zweiten Male stand der Prozeß gegen die vielbedauerte Hedwig Reichelt auf der schwarzen Tagesordnung des Gerichts. Es war nicht die Appellationsinstanz, welche darüber tagte, denn diese hatte nach Prüfung der Einwände des Vertheidigers Streit den Kriminalfall zur erneuten Erörterung und Aburtheilung an die erste Instanz zurückgewiesen.

(Fortsetzung folgt.)

In deutschfreisinnigen Blättern bramarbasirten aber die Getreuen des Kammerfortschritts, daß diese Petitionen im Plenum „reklamirt" und deshalb trotzdem zur Verhandlung kommen würden. Daß wir an eine solche Reklamation nicht glaubten, ergab sich aus unserer Kenntniß des liberalen Mannesmuthes. Die zehn Abgeordneten, die zur Reklamirung der Petition erforderlich sind, waren nicht aufzutreiben. Wenn Herr Eugen Richter seinen bayerischen Gesinnungsgenossen etwa mit der Entschuldigung heraushelfen sollte, jene seien durch den famosen Nürnberger Parteitag mit seiner Kuddelmuddel-Kartellresolution abgehalten gewesen, so ist das Silbenstecherei. Man hätte dann einfach die Tagesordnung ändern können. Ist ja auch die ursprünglich für den 23. April festgesetzte Berathung des Weinbergantrages wegen der Abwesenheit der unterfränkischen Geistlichen verschoben worden. Die Sachlage ist die: der Deutschfreisinn wie überhaupt der Liberalismus fürchtet sich vor dem allgemeinen Wahlrecht, er klammert sich in Bayern so gut wie in Preußen an veraltete volksfeindliche Wahlsysteme. Die Sozialdemokratie steht hinter ihm! —

Herr Richter sucht die klägliche Kartell-Resolution der bayerischen Deutschfreisinnigen damit zu entschuldigen, daß er schreibt (Nr. 98 der „Freisinnigen Zeitung" vom 27. April): „Bei den bayerischen Landtagswahlen steht der freisinnigen Partei nicht ein Kartell der Konservativen und Nationalliberalen gegenüber, sondern umgekehrt, ein Kartell der Konservativen mit den Ultramontanen. Die Zentrumspartei verfügt im bayerischen Landtag über die Mehrheit. Nichts ist daher natürlicher, als daß unter solchen Umständen sich die Minoritätsparteien koaliren. Die Sozialdemokratie spielt bei den bayerischen Landtagswahlen kaum eine Rolle." Wenn die Deutschfreisinnigen in der Minderheit sind, haben sie nach der trefflichen Logik des Herrn Richter die Befugniß, ihr Programm in den Rauchfang zu hängen (das heißt man auch „entschieden betonen") und mit den angeblich so gehaßten Nationalliberalen gemeinsame Sache zu machen. Oder aber mit irgend einer anderen Minoritätspartei, was ja zu niedlichen Konsequenzen führt. Bei der bekannten Unkenntniß des Herrn Richter in allen Dingen, die über die Bezirke östlich der Elbe hinausgehen, redet er davon, daß unsere Partei bei den bayerischen Landtagswahlen „kaum eine Rolle spielt". Er weiß nichts von den Ergebnissen der 1887er Landtagswahlen in Nürnberg und in München, nichts von dem famosen liberal-ultramontanen Kartell, das in München geschlossen wurde, um den Sieg des Sozialdemokraten zu verhüten — es handelte sich um 1 oder 2 Stimmen; er weiß nicht, daß die oben dargestellte Petitions-Komödie ein Angstprodukt ist, ein Produkt der Angst vor der Sozialdemokratie. Die diesmaligen Wahlen werden dem ahnungslosen Engel der „Freisinnigen Zeitung" die Schuppen von den Augen streifen. —

Der Dreibund auf der Anklagebank. Man erschrecke nicht. Wir denken nicht an Deutschland, wo der Dreibund noch stark genug, seine Gegner auf die Anklagebank zu bringen. Wir sprechen von Italien. Die Situation zeichnet sich dort mit jedem Tag schärfer ab, und stündlich wird sie vom Volk besser begriffen. „Wenn die Militärausgaben, welche jetzt schon unerschwinglich sind, deshalb erhöht werden müssen, weil unsere Pflichten gegen den Dreibund dies erheischen, wie die Regierung uns sagt, dann ist es der Dreibund, mit dem wir es zu thun haben und dem wir den Prozeß machen müssen" — so schreibt ein italienisches Blatt „Popolo Romano", das bisher dem Dreibunde nicht feindlich war. Es ist dies durchaus logisch, und die ganze Volksbewegung in Italien wendet sich deshalb jetzt folgerichtig gegen den Dreibund. Der Ober-Offiziosus der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sieht dies auch ein, und sucht in einem recht kleinlauten Artikel nachzuweisen, daß der Dreibund nicht so schlecht sei, wie sein Ruf, daß er zwar viel Geld gekostet habe und noch koste, der Welt aber auch den Frieden erhalten habe. Leider ist nur ersteres richtig. Mit der Friedenserhalterei aber stimmt's nicht. Der Dreibund wurde von Bismarck gegründet, der vielleicht keinen Krieg mehr wollte, nachdem er drei glückliche geführt, allein unzweifelhaft und eingestandenermaßen damit einen Streich gegen Frankreich zu führen gedachte. Der Dreibund war — man mag die Dinge wenden und drehen wie man will — eine Herausforderung — die Herausforderung ist nicht unerwidert geblieben. Viel Böses ist erzeugt worden — das Versöhnungswerk wurde gehemmt, Frankreich und Deutschland haben sich gegenseitig in gigantischen Rüstungen zu überbieten gesucht und ganz Europa in das wahnsinnige Kirchthurm-Wettrennen des Militarismus hineingerissen. Dem Dreibund folgte als selbstverständliche Antwort der Zweibund, und wenn die Lage heute friedlicher ist, als zur Zeit, da der Dreibund gegründet ward, so ist das nicht ein Verdienst des Dreibunds, sondern die unbeabsichtigte Wirkung des finanziellen Ruins, mit dem er die Völker bedroht und den er zum Theil schon über sie gebracht hat. —

Keine Polizeimache — aber. In Paris ist gestern Abend das Restaurant Very, in welchem Ravachol verhaftet ward, mit Dynamit in die Luft gesprengt worden, wobei verschiedene Personen Verletzungen erhielten. Für die Pariser Polizei ist das sehr fatal. Sie glaubte ihrer Ravachol's ganz sicher zu sein — und nun haben sich Einige unter ihnen gefunden, die Ernst machten. Wer mit dem Feuer spielt, muß darauf gefaßt sein, sich die Finger zu verbrennen; wer den Hödel „fruktizirt", muß den Nobiling in Kauf nehmen, und wer die Jhring-Mahlow und Schmidt predigen läßt, darf sich über die Kammerer nicht wundern. Die internationale Reaktion züchtet seit 1848 das „Rothe Gespenst" systematisch und sucht den Sozialismus zu verderben, indem sie ihm einen Doppelgänger schafft, der auf Rechnung des Sozialismus alle möglichen Abscheu erweckenden Dinge zu thun hat. Das ist eine sehr bequeme Praxis, aber auch eine sehr gefährliche. Ein Theil des gesellschaftsretterischen Saatkorns fällt über die gesteckte Grenze hinweg — neben den dressirten Leidenschaften werden auch wirkliche erzeugt, — neben der bestellten Arbeit giebt es mitunter auch unbestellte; das liegt im Wesen des Metiers. Daß die Zerstörung des Restaurants Very nicht bestellte Arbeit war, glauben wir gern; sie war aber eine Folge bestellter Arbeit, und gewiß ist, daß sie den Herren Reaktionären sehr große Freude bereitet. Jetzt hoffen sie, ihre Plane theilweise verwirklichen, die Maifeier stören und allerhand reaktionäre Maßregeln durchsetzen zu können. Spricht doch ein Blatt schon von der Verhängung des Belagerungszustands! — Der Prozeß Ravachol hat heute begonnen. —

Nachschrift. Aus Paris wird unterm 26. April noch gemeldet: „Die gerichtliche Verhandlung gegen Ravachol und Genossen wurde heute Vormittag 11 Uhr unter dem Vorsitze des Rathes Gués eröffnet. Vor dem Justizpalast und in dessen Gängen waren außergewöhnliche Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung getroffen. In dem Sitzungssaale befanden sich nur wenige Zuhörer. Nach Vorführung der fünf Angeklagten gelangte die Anklage zur Verlesung. Bei dem Verhöre räumte Ravachol kaltblütig ein, daß er der Anstifter der Attentate am Boulevard St. Germain sei, deren Verantwortlichkeit er voll auf sich nehme. Die Verurtheilung der Anarchisten von Levallois-Perret habe ihn zu seinem Vorgehen gebracht." —

Maifeier in Italien und Belgien. Der Minister des Innern, Nicotera, hat die Präfekturen angewiesen, alle Zusammenkünfte und Aufzüge am 1. Mai zu verbieten. — Im „Hinblick auf etwaige Arbeiterkundgebungen am 1. Mai" sind die belgischen Milizklassen der Jahrgänge 1887 und 1888 für die Infanterie-Regimenter und des Jahrgangs 1888 für die Grenadier- und Karabinier-Regimenter am 26. April einberufen worden! —

Kossuth. Der Name klingt wie ein Märchen aus alten Zeiten. Heute fast vergessen — vor nicht ganz einem halben Jahrhundert in Jedermann's Mund. Im Jahr 1848 und 1849 der Führer im Unabhängigkeitskampf des „Heldenvolkes im Ungarland", nach der Niederlage ein Verbannter, hat Kossuth seitdem fast ununterbrochen im Auslande gelebt. Nur auf kurze Zeit, nachdem die Amnestie erlassen, kehrte er in die Heimath zurück, die ihm aber fremder war als die Fremde. Morgen, am 27. April, wird er neunzig Jahre alt, und dreiundvierzig von diesen 90 Jahren hat er in der Verbannung zugebracht.

Sein thaten- und ereignißreiches Leben, das für die große Welt schon vor einem Menschenalter zu Ende ging, war auch reich an schweren Fehlern, und namentlich hat in den Fünfziger Jahren Kossuth's Verhältniß zu Napoleon, dem Staatsstreichkaiser, seinerzeit die schärfste Kritik herausgefordert. Indeß Kossuth war kein politischer, noch weniger ein sozialer, sondern nur ein nationaler Revolutionär, und von diesem seinem eigenen Standpunkte aus will er beurtheilt sein. Er hat geirrt, als er 1859, vor dem Italienerkrieg sich Napoleon zur Verfügung stellte, allein ein Verräther war er nicht; und morgen an seinem neunzigsten Geburtstag, den er in Turin begeht, wird er der Zeit gedenken, wo der Name Kossuth! Freiheitshoffnungen in den geknechteten Völkern erweckte und die Verzagenden zum Kampf anspornte. Unsere Sache war niemals die seine, wenn auch seine die unsere war. Ein Nationalitätenkampf kann heute die Völker Europas nicht mehr in Leidenschaft setzen — wohl stehen uns noch Kämpfe bevor, in denen das Nationalitätsprinzip eine Rolle zu spielen berufen sein wird, indeß in die vorderste Reihe wird dieses nicht mehr treten und vollständig wird es überschattet werden von dem sozialistischen Ideeninhalt, der jede moderne Volksbewegung im größeren Stil mehr oder weniger beherrschen muß. Vom Sozialismus hat Kossuth nie eine Ahnung gehabt — er war nicht einmal bürgerlicher Demokrat. Aber er war der Führer seines Volkes in dem großartigsten der nationalen Kämpfe der Jahre 1848 und 1849. Und der Ruf, der damals alltäglich aus dem Munde von Millionen und Millionen — und nicht blos in Ungarn — ertönte, wird morgen in kleinem Kreis den einsamen Greis begrüßen und an vergangene Tage erinnern: Eljen Kossuth! — Hoch Kossuth! —

Worüber sich die Bourgeoisparteien streiten. Aus Budapest wird unterm 26. April gemeldet: „Im ungarischen Abgeordnetenhause fand heute eine ungeheuer stürmische Sitzung statt. Die Opposition tadelte, daß bei der Gendarmerie schwarzgelbe Embleme und der Doppeladler verwendet werden. Der Ministerpräsident erklärte darauf, daß das Gesetz und die Instruktionen dies vorschreiben. Darob entstand großer, anhaltender Lärm. Die Abgg. Polonyi und Apponyi verlangten in Beschlußanträgen unverweilte Abänderung dieser Bestimmungen und Einführung der nationalen Embleme. Die Abgg. Horanszky, Ugron, Thaly und Madarasz unterstützten diese Anträge. Die tumultuarischen Szenen wiederholten sich, worauf der Präsident die Sitzung suspendirte." Wenn es gilt, die Massen auszupowern und politisch rechtlos zu machen, sind die ungarischen Junker und Kapitalisten einmüthig. —

Polizeispion Munoz. Das spanische Dynamit-Abenteuer ist typisch für den Polizei-Anarchismus. Der Pariser „Temps" schreibt: „Es hat sich herausgestellt, daß Munoz die Rolle eines Sicherheits-Agenten (!!!!) in der Bomben-Affäre gespielt hat, zu dem Zwecke, die Polizei bezüglich der Pläne der Anarchisten auf dem Laufenden zu halten. Munoz ist bereits ohne Kaution in Freiheit gesetzt worden. Der Anarchistenprozeß kommt im Mai vor die Geschworenen. Deboche und Fereira sind des Attentats-Versuches mittelst Sprengstoffen angeklagt; vier andere Anarchisten werden beschuldigt, eine geheime Gesellschaft gebildet zu haben. Alvarez, der Herausgeber der „Anarquia", ist gleichfalls unter den Angeklagten. Man sucht nach vier Anarchisten, die von Munoz beschuldigt werden, an der Herstellung der Bomben mitgearbeitet zu haben. Der Anarchist Diez von Bilbao wird in Haft behalten, weil er an Deboche die Dynamitpatronen geschickt hat." Das heißt, der Beauftragte der spanischen Regierung war Lockspitzel und hat seine Arbeit in höherem Auftrage verrichtet, wie die Ohm und Genossen in den Prozessen gegen Waldeck und Labendorff, oder wie die Schröder und Haupt. —

Parteinachrichten.

Zur Maifeier. In Baden-Baden wird das Fest im Gasthause zur Mainau abgehalten. Umzug und Tanzmusik ist nicht (!) genehmigt. — In den bayerischen Distrikten Schwaben und Neuburg wird die Maifeier nach Berichten süddeutscher Parteiblätter dies Jahr ganz besonders imposant ausfallen. — Die Arbeiter von Kolmar und Logelbach im Elsaß unternehmen einen Ausflug nach Türkheim und St. Gilles. — In Frankfurt a. M. findet die Maifeier im Stadtwalde unter den hohen Wartbäumen statt. Der Arbeiter-Musikverein und der Sängerbund „Lassalle" sorgen für musikalische Unterhaltung. Ein öffentlicher Festzug ist nicht gestattet. Die Lieferung des Bieres ist der Brauerei Oberländer übertragen, da dieselbe ihren Saal stets zu allen Versammlungen zur Verfügung stellte. Festleiter ist, wie im vorigen Jahre, Genosse Brühne. Bei günstiger Witterung werden gewiß 20 000 Menschen an der Feier Theil nehmen, da schon im vorigen Jahre die Theilnehmerzahl 12 000 Personen betrug. Sonnabend, den 30. April, finden in acht Sälen Volksversammlungen statt, sechs in Frankfurt und je eine in Oberrad und Niederrad. — In Cannstatt wurde der geplante Festzug nicht genehmigt. — Die Mannheimer Polizei stellte den Arbeitern einen Platz zur Maifeier zur Verfügung, das Bezirksamt verbot das öffentliche Volksfest. — Aus Fürth meldet der „Fränk. Kurier", die Verbote des Umzuges beruhten auf einer Ministerialverordnung. — In Zschopau ist am Vormittag des 1. Mai Massenversammlung, am Abend Fest im Feldschlößchen-Saal. — Blankenese. Zur Abhaltung der Maifeier auf dem Sülberg war bereits die Genehmigung ertheilt, jedoch wurde dieselbe wieder zurückgezogen und die Genehmigung unter die Bedingung gestellt, daß sich nur Mitglieder der Organisation an der Feier betheiligen. — In Erfurt hat die Polizei es nicht gestattet, daß im Garten des „Tivoli", woselbst die Maifeier stattfindet, über den Achtstundentag gesprochen wird. Das soll bei der „wahllos zusammengeströmten Volksmenge" zu der Befürchtung Anlaß geben, „daß entweder unmittelbar durch die Rede oder durch unvermeidbare Entgegnungen, Zwischenrufe und dergl. Andersgesinnter Ruhestörungen, tumultuarische Szenen und damit eine Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit wachgerufen würde". Die „Thür. Tribüne" nimmt an, daß die Behörde sozialdemokratische Versammlungen etwa nach dem Maßstabe von Kriegervereins-, Antisemiten- und ähnlichen Radauversammlungen zu beurtheilen scheint, „denn daß es in sozialdemokratischen Versammlungen, und seien dieselben noch so zahlreich besucht, jemals zu „tumultuarischen Szenen" gekommen ist, dürfte schwer fallen zu beweisen. Es fehlt mithin in dieser Hinsicht an jeder thatsächlichen Unterlage für das Verbot." — Die Arnstädter und die Genossen von Mühlhausen, Langensalza 2c. feiern das Fest durch Ausflüge 2c. — Der Augsburger Magistrat bewilligte für die Versammlung am 1. Mai die ehemalige Dominikanerkirche. — In Braunschweig wurde dem Vorstande des sozialdemokratischen Arbeitervereins polizeilich mitgetheilt, daß Tanzscheine für den 1. Mai nicht ausgegeben würden, indem, an diesem Tage im ganzen Herzogthum das Tanzen verboten sei. Das Tanzen hätte aber der feierlichen Bedeutung des 1. Mai doch sicher keinen Eintrag gethan! —

* * *

Bei den Gemeinderaths-Wahlen in Börnecke erhielten drei Sozialdemokraten die große Mehrheit der Stimmen.

* * *

Einen glänzenden Sieg errangen unsere Parteigenossen bei den Gewerbegerichts-Wahlen in Freystadt (Schlesien). Für die sozialdemokratischen Kandidaten wurden trotz lebhafter Agitation der Gegner 91 Stimmen abgegeben, für die Kandidaten der letzteren nur 30.

* * *

Eine sozialdemokratische Delegirtenversammlung, welche kürzlich auf Veranlassung der Schwenninger Genossen in Hosen bei Spaichingen (Schwarzwald) tagte, beschloß, Lagerstellen für gelesene Schriften zu errichten, und empfahl den einzelnen Mitgliedschaften, überall in ihrer nächsten Umgebung, wo es möglich, Arbeitervereine zu errichten. Die Tuttlinger Genossen übernahmen es, in Spaichingen in nächster Zeit eine Volksversammlung einzuberufen, um einmal den Versuch zu machen, dort einen Arbeiterverein zu gründen. Sodann wurde Schwenningen als Vorort bestimmt, und es den dortigen Genossen überlassen, einen Vertrauensmann aus ihrer Mitte zu wählen, welcher mit den Mitgliedschaften in Verbindung tritt und die nöthigen Geschäfte leitet. Aus der Mitte der Delegirten sprach man den Wunsch aus, daß der Wahlkreis auch von Zeit zu Zeit von einem Reichstags-Abgeordneten unserer Partei besucht würde. Den Genossen in Schwenningen wurde der Auftrag ertheilt, daß der von ihnen gewählte Vertrauensmann mit dem Landesvorstand wegen unentgeltlicher Besorgung von Referenten in Verbindung tritt, damit man nicht genöthigt wäre, die Beiträge an die Landeskasse zu schmälern.

* * *

Als Hechte im Karpfenteiche wünscht die „Kleine Presse" in Frankfurt a. M. — die „Lokal-Ausgabe" der „Frankfurter Zeitung" — Sozialdemokraten in die Stadtvertretung gewählt zu sehen. Das Blatt stellt bezüglich des Verkaufs eines städtischen Grundstückes fest, „daß ein kleiner sozialdemokratischer Prozentsatz, vermischt mit den übrigen Elementen der Versammlung der Stadtverordneten, eine heilsame Gährung hervorbringen würde. Bei den nächsten Wahlen wird es ein Gebot der Klugheit und Gerechtigkeit sein, diesen thatsächlichen Mangel zu beseitigen." — Hoffentlich sind bei den nächsten Frankfurter Gemeinde-Wahlen die Arbeiter Frankfurts selber so klug, nur Sozialdemokraten ihre Stimmen zu geben.

* * *

Genosse Dr. Adolf Braun theilt uns mit, daß der Aufruf der „Schles. Volkswacht", in welchem um Einsendung gewerkschaftlichen Materials zwecks einer wissenschaftlichen Arbeit ersucht wird, sich nach in Breslau von ihm eingezogener Erkundigung auf ihn bezieht. Genosse Braun hatte auf dem Halberstädter Gewerkschaftskongreß das diesbezügliche Zirkular verlesen und seinerzeit auch versandt, auf Grund dessen nachher die „Breslauer Volkswacht" den bekannten Aufruf erließ, um das Braun'sche Vorhaben zu fördern, jedoch ohne daß Braun um die Veröffentlichung gewußt hätte. Eine Anzahl Blätter unserer Partei druckten den Aufruf der „Volkswacht" ab, um ebenfalls die Angelegenheit in Fluß zu bringen, darunter auch der „Vorwärts", wie derselbe ja von allen Parteivorgängen, die ein allgemeineres Interesse haben, seinen Lesern Kenntniß giebt. Das ist der Thatbestand der von der „Nationalliberalen Korrespondenz" zum Gegenstand schmutziger Verleumdungen gemachten Angelegenheit, die mit der Erklärung unseres Genossen Braun ihre befriedigende Erledigung gefunden hat.

* * *

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— In Düsseldorf sollen, wie die „Niederrhein. Volkstribüne" mittheilt, die Lokalinhaber ihre Lokale mit dem Metermaaß jetzt selbst daraufhin ausmessen, ob die Raumverhältnisse den für Versammlungslokale festgesetzten polizeilichen Vorschriften entsprechen. Dem Wirth Herrn von der Beck in der Adlerstraße ist nämlich ein polizeiliches Strafmandat in Höhe von 5 Mark zugestellt worden, weil er sein Lokal zu einer öffentlichen Versammlung hergegeben hatte, ohne daß sein Lokal den Anforderungen entspräche, welche an ein solches Lokal gestellt werden. Die Versammlung war innerhalb der gesetzlichen Frist angemeldet, hat ohne Störung stattgefunden und selbstredend war auch polizeiliche Ueberwachung da. Eine zweite Versammlung, die in demselben Lokal stattfinden sollte, ist, nachdem die Polizei das Lokal geprüft und für ungenügend befunden, verboten worden.

— Wegen Beleidigung der Remscheider Polizei wurden die Genossen Stamm und Lenz in Remscheid von der Elberfelder Strafkammer zu 3 bez. 6 Wochen Gefängniß verurtheilt. Bei Stamm wurde die in einer Versammlung geschehene Aeußerung, „die Polizei nehme es nicht genau mit dem gleichen Recht für Alle", als strafbar angenommen. Bei Lenz hielt es das Gericht für erwiesen, daß er in derselben Versammlung der Polizei vorgeworfen, sie verdrehe Thatsachen und handele hinterlistig. Der Angeklagte habe von Rußland gesprochen und Remscheid gemeint.

— Redakteur Adolf Hoffmann vom Zeitzer „Volksboten" verließ am 24. April das Gefängniß, woselbst er eine vierzehntägige Haft verbüßt hatte.

Theater.

Mittwoch, den 27. April.

Opernhaus. Cavalleria rusticana (Bauern-Ehre). Rigoletto.
Schauspielhaus. Faust.
Deutsches Theater. Doktor Klaus.
Lessing-Theater. Die Großstadt-Luft.
Berliner Theater. Die Königsbrüder.
Wallner-Theater. Der Löwe des Tages.
Residenz-Theater. Die Journalisten.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Das Sonntagskind.
Thomas-Theater. Die schöne Helena. Guten Morgen, Herr Fischer.
Adolph Ernst-Theater. Fräulein Feldwebel.
Belleallance-Theater. Pech-Schulze.
Kroll's Theater. Hans Heiling.
Ostend-Theater. Der Lumpensammler von Paris.
Kernpalast. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.

Castan's Panopticum

Friedrichstr. 165a, Ecke Behrenstr.

Riesin und Puppen-Fee

Aama,

größte Riesin, 16 J. alt, 9 F. groß.

Prinzeß Pauline,

16 Jahre alt, 40 Zentimeter groß.
Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.

Passage-Panopticum.
Riese, 9 Fuß.
Zwerg, 25 Zoll.
Mann m. Steinkopf.
Pigmy v. Stanley-Zwergvolk.
10—1 4—9 Uhr

Gratweil'sche Bierhallen
Kommandantenstr. 77—79.

Täglich:
Konzert
mit humoristisch. Vorträgen.
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch sowie 6 Billards, 3 Kegelbahnen und 2 Säle.
F. Sodtke.

Moabiter Gesellschaftshaus,
Alt-Moabit 80/81.
Täglich: **Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten.**
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pfg.
2289L **Hellmuth Peters.**

Wo speisen Sie?
In der alt. pommerschen Küche, Oranienstr 181, Hof pt. bei **Klein!** Frühst. 30 Pf., Mittagstisch mit Bier 50 Pf., Abendtisch von 30 bis 50 Pf. nach Auswahl. 18962

R. Krösche's Gesellschaftshaus
Fichte-Strasse 29.
Jeden Sonntag: **Gr. Ball.**
Zimmer für Vereine u. Gesellschaften. Auch sind noch meine Säle, von 100 bis 500 Personen fassend, einige Sonnabende im Mai und Juni zu vergeben.

Eröffnet! Eröffnet!
Wirthshaus zum eichenen Stab
Stallschreiberstrasse 29
Weiß- und Bairisch-Bierlokal.
Freunde und Genossen sind freundlich eingeladen von Kollegen **C. Schöning.**
Zahlstelle d. deutschen Tischlerverbandes.

Die Herrn **Habedank** zugefügte Beleidigung nehme ich hiermit zurück und erkläre denselben für einen Ehrenmann.
2695b **O. Matting.**

Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer Berlins u. Umg.

Heute, Mittwoch, den 27. April, Abends 6 Uhr,
in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 77—79.

Ordentl. General-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht pro 1. Quartal 1892. 2. Wahl eines Revisors. 3. **Die Zustände in unserem Gewerbe in Bezug auf die wirthschaftlichen Verhältnisse.** 448/7

Speziell werden die Kollegen von Bauten eingeladen, wo der Tarif **nicht bezahlt** wird, da uns solche bekannt sind.

Quittungsbuch legitimirt. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist nothwendig.

Der Vorstand.

Handlungsgehilfen und Gehilfinnen!

Donnerstag, den 28. April, Abends 8½ Uhr, in der „Ressource", Kommandantenstr. 57.

Große öffentliche Versammlung

Tages-Ordnung:
1. **Die Stellenlosigkeit der Handlungsgehilfen und ihre Abhilfe.** Referent: Hr. Dr. Lütgenau. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung wird um recht **zahlreiches** und **pünktliches** Erscheinen ersucht.

177/16 **Der Einberufer.**

Stenographen-Schule.

Neue Kurse beginnen am **Mittwoch,** den **27. April,** Abends ½9 Uhr:
Gipstr. 3, Restaurant Pyrtek,
Naunynstr. 83, Restaurant Köhne. 2594b
Unterricht unentgeltlich, Lehrmittel nur 1 Mark 50 Pfennig.

Die Arbeiter-Maifeier des 5. Berl. Reichstags-Wahlkreises

verbunden mit den

Weissenseer Genossen

findet im Etablissement **Sternecker** in **Weissensee** statt.

Zur Aufführung gelangen **grosses Konzert, lebende Bilder, grosses Feuerwerk** mit Inschriften und auf den 1. Mai bezugnehmenden Emblemen. Die **Festrede** wird vom Genossen **Vogtherr** gehalten.

Kassenöffnung Vorm. 10 Uhr. Anfang Nachm. 2 Uhr.

NB. Da mit der Pferdebahn-Gesellschaft ein Abkommen getroffen, daß jeder Vorzeiger eines Mai-Billets für die Fahrt vom Molkenmarkt oder Alexanderplatz bis Weißensee 15 Pf. zu zahlen hat, machen wir die Genossinnen und Genossen darauf aufmerksam, sich vorher mit Billets zu versehen, dieselben auch für die Rückfahrt aufzubewahren, da auch bei der Rückfahrt die Preisermäßigung eintritt.

Billets sind bei den Kommissions-Mitgliedern: **Fritz Berndt,** Neue Schönhauserstr. 18; **Weber,** Landsbergerstr. 41; **Fr. Schmidt,** Greifswalderstraße 8a und in allen mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.

Mai-Feier.

Der **Polnische Sozialisten-Verein**
veranstaltet in Schneider's Gesellschaftshaus (früher Neustädter Volksgarten), in Friedrichsberg, Proskauerstr. 37—38, Ecke Frankfurter Allee, eine

Versammlung für Frauen und Männer.

Nachmittags 4 Uhr: Vortrag über die Bedeutung des Tages.
Treffpunkt: Früh 8 Uhr auf dem Alexanderplatz. Pferdebahn-Verbindung: Spittelmarkt-Alexanderplatz-Friedrichsberg. 251/5

Abends: **Gemüthliches Beisammensein.**
Um zahlreiche Betheiligung ersucht **Der Vorstand.**

Zehlendorf bei Oranienburg.

Sonntag, den 1. Mai, Nachm. von 2 Uhr ab, im Lokal des Herrn **Nieter:**

Mai-Feier

arrangirt vom **Arbeiter-Bildungsverein für Zehlendorf u. Umgegend.**
Konzert, nachher **Tanz.** Entree 30 Pf. Herren, welche am Tanz theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

2684b **Der Vorstand.**

J. Semmel, prakt. Zahn-Arzt, 2281L

Oranienstr. 55, Moritzplatz. Spr. 9—1, 3—5. In der **Poliklinik** für **Unbemittelte** 8—9 Vm., 1—3, 5—6 Nachm. (künstl. Zähne 2 Mark)

Central-Möbel-Halle.

Möbel auf **Theilzahlung** Kommandanten-Strasse No. 51.

Meerschaum-, Bernstein- und Elfenbein-Waaren.
Spezialität: Porträts bewährter sozialistischer Führer (**Lassalle, Marx u. A.**) in **Zigarrenspitzen, Pfeifenköpfen, Shlipsnadeln,** Manschettenknöpfen, Stöcken, Brochen. **Büsten. En gros. En détail.**
2274 L **B. Günzel, Brunnenstr. 157,** am Rosenthaler Thor.

Gegründet 1867.
Bettfedern von 60 Pf. bis 6 M., **fertige Betten, Matratzen, Ueberzüge — Schlafdecken — Steppdecken, Oberhemden, Herren-, Damen-, Kinder-Hemden.**
H. Wessling, Dresdenerstraße 134.
2. Haus v. Cottbuser Thor.

C. Königsfeld, Uhren- u. Goldwaaren-Geschäft. Reinickendorfer-Str. 69.
Größte Auswahl. Reparaturen gut und billig. 2017L

Adlershof. Freunden und Genossen empfehle meine **Zigarren und Tabake.**
Wittwe Elise Wolff, Bismarckstr. 37.

Druckfachen jeder Art liefern gut u. zu soliden Preisen **Böllhoff & Schumann,** Teltowerst. 17. **Achtung! Südwesten.**

Nachtigallen, schlagend 6 Mark. **Schnelle,** Skalitzerstr. 132.

Kleiner Gesangverein, M. d. A.-S., sucht Dirigent für Sonnabend, Hon. ang. Postamt 15. C. Sch. 208. 2869b

---

Kinderwagen und Reisekörbe, über **200 Stück,** i. Einzeln. bill. zu verk. in d. Korbwaarenfabr. **Invalidenstr. 105.**

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins **Andreasstr. 23** H.-p.

Verlagsbuchhandlung des „Vorwärts"

Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuth-Strasse No. 2.

Im Laufe der nächsten Woche erscheint:

Krankenversicherungs-Gesetz

vom 15. Juni 1883.

In der Fassung der Novelle vom 10. April 1892.

Mit erläuternden Anmerkungen, einem Anhange, enthaltend die Krankenversicherung der in land- und forstwirthschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, das Gesetz über die eingeschriebenen Hilfskassen und alphabetischem Sachregister.

Ca. 290 Seiten — Taschenformat — elegant kartonnirt. — **Preis 1,20 Mk.**

Die Brauchbarkeit und Nützlichkeit unseres „Krankenversicherungs-Gesetzes" wird dadurch erhöht, daß es sich hier um keine Textausgabe handelt, daß vielmehr jeder Paragraph in gemeinverständlicher Weise kommentirt ist.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Nach Erscheinen zu beziehen durch die **Expedition** des **„Vorwärts",** Berlin SW., Beuthstr. 3.

Alle Buchhandlungen, Kolporteure und Zeitungsspediteure nehmen schon jetzt Bestellungen entgegen. Bei Aufträgen nach auswärts bitten wir um gefällige Beifügung des Betrages. (Porto extra.)

Achtung! Parteigenossen!

Zur Maifeier findet in **Schmöckwitz** (Seglerschlößchen) Frei-Konzert statt. Genossen, die an der Maifeier in Berlin nicht theilnehmen, werden ersucht, sich am 1. Mai mit Familie auf dem Görlitzer Bahnhof 8,35 einzufinden und lösen Billets für Familie bis Schmöckwitz, die Genossen bis Grünau, und marschiren dieselben unter Vorantritt eines Musikchores bis nach Schmöckwitz. Nachzügler fahren Görlitzer Bahnhof 12,35 und werden vom Bahnhof Schmöckwitz mit Musik abgeholt. Genossen von Grünau, Schmöckwitz und Umgegend sind freundlichst eingeladen.

Billets können Sonnabend auf dem Görlitzer Bahnhof schon gelöst werden.
2697b **Mehrere Genossen.**

Adlershof.

Arbeiter-Bildungsverein

Donnerstag, 28. April, Abds. 8½ Uhr, im Saale des Herrn **Wiedemann:**

Vereinsversammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn **F. Berndt.**
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Aufnahme neuer Mitglieder.
Um zahlreichen Besuch bittet
133/12 **Der Vorstand.**

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. s. w.
Gertliche Verwaltung Berlin C.

Donnerstag, den 28. April, Abends 8½ Uhr, in **Habel's Brauerei,** Bergmann-Straße 5—7:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Hrn. **Dr. Riesenfeld:** Ueber Medizin und Naturheilkunde.
2. Abrechnung vom I. Quartal 1892.
3. Verschiedenes. 318/13

Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in der Versammlung zu erscheinen.

Das Mitgliedsbuch legitimirt.

Zu zahlreichem und pünktlichem Besuch ladet ein **Die Ortsverwaltung.**

Maler u. Anstreicher.

Am Sonntag, den 1. Mai, Vorm. 10 Uhr, bei **Mundt,** Köpnickerstr. 100:

Gr. öffentl. Versammlung.

Tagesordnung:
1. Die Bedeutung des 1. Mai. Ref.: Genosse **Jul. Appelt.** 2. Verschiedenes.

Um das Erscheinen Aller ersucht
222/12 **Der Vertrauensmann.**

Verein der Kurbelstepperinnen, Stepper 2c.

Mittwoch, den 27. April, Abends 8½ Uhr, Andreasstr. 26:

Gr. Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn **Henning** über: „Die Sintfluth."
2. Abrechnung vom Maskenball.
3. Verschiedenes und Fragekasten.

Aufnahme. Gäste willkommen.
194/2 **Der Vorstand.**

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt, Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

Fachv. d. Tischler.

Heute, Mittwoch, 27. April,
Abends 8½ Uhr,
in **Norbert's** Restaur., Beuthstr. 21/22, unteres Zimmer:

Vorstandssitzung.

Soeben ist erschienen und durch die Buchhandlung von **Hans Baake,** Dresdenerstr. 52/53, City-Passage, zu beziehen:
Die Mai-Nummer des „Süddeutschen Postillon", 12 S., prachtvoll in Buntdruck illustrirt, Preis 10 Pf. 2685b
Wiederverkäufern hoher Rabatt!

Gardinen-Fabrik.
Großes Lager gestickt. u. engl. Tüll-Gardinen, Stores, weiß u. creme. Große Auswahl in Sopha-, Tisch- u. Bettdecken, auch im Einz. zu den billigsten Fabrikpreisen.
E. Knape
aus **Eutzsch** in Sachsen.
Brunnenstraße 26, 1 Treppe.

Die rühmlichst bekannte
Betten-Fabrik
von 2084 3
R. Kirschberg
1b Spandauer Brücke 1b
Gegr. 1870 verkauft strong reell
Neue Bettfedern vorzüglich füllend Pfd. 0,50 bis zu den allerbest. nur 3, prima Halbdaunen 1,10 1,50 M.
Daunen Chinesische von vorzüglicher Füllkraft 2,50, 3,— Mk., allerfeinste Schwanen-Daunen 4,50, 6,— Mk.
Complette Betten, grosse neue: Oberbett, Unterbett, 2 Kopfkissen in guter Federfüllung 12, 15, 20 Mk. bis zu den allerfeinsten Brautbetten, enorm billig. Theilzahlung gestattet.
Matratzen Rosshaar, Indiafaser, Seegrasmatratzen nur 3,75 M., Bettstellen 4,50, Feldbetten nur 5,50 Mk.

---

66. Resterhandlung. 66.
Billig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an bis zum feinsten Kammgarn, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Paletotstoffen, sowie zu Sommermänteln, Jackets, Plüsch, Atlas, Seide, Sammt und Spitzen.
Auf Wunsch alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge
66. Karle, Waldemarstrasse 66.

Günstiger Verkauf!
1. ca. 300 Quadr.-Meter ¼ zoll. **Pappel-Dickten,** schöne schlanke Waare.
2. ca. 50 St. starke **Hänge-Eisen** z. Tischler-Bammelage, Tragkraft je 50 Ctr. ca., **auch einzeln abzugeben.**
3. eine fast nageineue **Kreissäge-Maschine,** bestes System.

Alles umzugshalber sehr billig zu verkaufen. 571M
Rich. Saalfeld's Dampf-Tischlerei, Schinkestr. 8/9.

Achtung! Kein Laden.
Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pfg.
1785L **H. F. Dinslage,** Kottbuserstr. 4, Hof part.

Verantwortlicher Redakteur: August Enders in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 98. Mittwoch, den 27. April 1892. 9. Jahrg.

Parteinachrichten.

Auf einem Ausfluge, den die Parteigenossen von Wald bei Solingen am 1. Osterfeiertage nach Kellerthor, Haan und Manertermühle unternahmen, wurde eine große Anzahl Zeitungen verschiedener Art, Nummern des „Wahren Jakob“ und Broschüren verbreitet. — Auf das Nützliche solcher Ausflüge ist schon wiederholt hingewiesen worden.

* * *

Zur Verantwortlichkeit der Richter und Staatsanwälte. Bekanntlich hatte der Stadtrath zu Mittweida während der Sitzungen des Reichstages gegen den Abgeordneten Schmidt einen Strafbefehl wegen groben Unfugs erlassen, der darin erblickt wurde, daß Schmidt in unserem von ihm redigirten Schwesterorgan zu Burgstädt unter Darlegung der sozialdemokratischen Bestrebungen zum Abonnement auf dasselbe aufforderte. Das Landgericht zu Chemnitz hatte ein freisprechendes Urtheil gefällt. Stadthagen hatte dann Strafantrag gegen den Stadtrath zu Mittweida gestellt, weil letzterer sowohl hätte wissen müssen, daß grober Unfug nicht vorliegt, wie daß die Strafverfolgung während der Tagung des Reichstages unzulässig ist. Desgleichen war beantragt, gegen den Staatsanwalt zu Chemnitz und die dortigen Richter strafrechtlich vorzugehen, welche die unstatthafte Strafverfolgung und die gewaltsame Vorführung des Genossen Schmidt wegen zehn anderer angeblicher Strafthaten während der Dauer der Session veranlaßt hatten. Der General-Staatsanwalt hatte mit der Untersuchung wegen dieser und der weiteren Anschuldigung, daß in einer Ausführung der Gründe des das Hauptverfahren eröffnenden Beschlusses eine Majestätsbeleidigung und in der Ausführung des Staatsanwalts, daß der unbestrafte Genosse Schmidt ein „gewerbsmäßiger Ehrabschneider“, eine Beleidigung liege, den Ersten Staatsanwalt zu Dresden beauftragt. Dieser hat jetzt die Strafverfolgung abgelehnt. Die betreffenden Behörden und Beamten hätten sich schlimmstenfalls in entschuldbarem Rechtsirrthum befunden, die Aeußerung des Staatsanwalts, bezüglich deren der General-Staatsanwalt im Reichstage erklärt hatte, sie sei weder zweckmäßig noch nothwendig gewesen, er habe deshalb den Richter rektifizirt, sei nicht rechtswidrig erfolgt u. s. w. Gegen diesen Beschluß hat Rechtsanwalt Stadthagen Beschwerde eingelegt. Die Beschwerde wird den Erfolg haben, daß die sächsischen Oberbehörden Stellung zu der Frage zu nehmen haben, ob ein Richter und ein Staatsanwalt in der That wegen vom Reichsgericht für unstatthaft erklärter Handlungen und deren Folgen nicht verantwortlich sei, während jeder Arzt, Apotheker und Kutscher nach dem Straf-Gesetzbuch für jede fahrlässige Berufshandlung die z. B. eine Körperverletzung zur Folge hat, zu haften hat und die Unkenntniß eines Laien, eines Nichtjuristen bekanntlich diesen vor Strafe nicht schützt. Wird die Frage abermals verneint, so wird die weitere Frage vielleicht den Reichstag zu beschäftigen haben: aus welchem Grunde sind gelehrte Richter nothwendig, wenn diese ohne irgend welche Folgen in Ausübung ihres Berufes irren und Staatsbürger verfolgen und in ihrer Freiheit behindern dürfen?

* * *

Sozialdemokratische und bürgerliche Presse Elsaß-Lothringens. „Konsequent, zielbewußt und farbebekennend ist in Elsaß-Lothringen eigentlich nur die sozialdemokratische Mülhauser „Volkszeitung“, ein Blatt, in dem wir mehr wirklich gediegene und interessante Artikel finden, deren einseitiger Parteistandpunkt ihren Werth nicht mindert, als in unseren sämmtlichen seichten Waschblättern von Mülhausen bis Metz zusammengenommen.“ Dieses Urtheil fällt das nichtsozialdemokratische „Straßburger Tageblatt“ in Nr. 92 vom 20. April.

* * *

Kanzelblüthe. Wie die „Märkische Arbeiter-Zeitung“ in Nr. 37 vom 23. April mittheilt, hat in der Duisburger Josefskirche ein Pater bei einer Predigt über die angeblich gotteslästerlichen Tendenzen der Sozialdemokratie die Sozialisten in folgende zwei Klassen geschieden: a) Stimmvieh, d. h. solche, welche durch Unglauben, Elend und Verzweiflung nicht wissen, was sie thun; b) solche, welche die Ziele der Partei kennen. Letztere sind ohne Unterschied Menschen mit einem Charakter und Gewissen, daß jeder anständige Mensch sich schämen muß, mit ihnen über die Straße zu gehen, geschweige denn zu verkehren. —

Wenn die Ultramontanen sich gelegentlich über eine nicht ganz salonmäßige Behandlung durch unsere Genossen beschweren, mag man ihnen nur vorstehende boshaft-alberne Klassifizirung zu Gemüthe führen, die einer ihrer Zionswächter verübte.

* * *

Die Sozialdemokratie Bayerns hält am 26. Juni in Regensburg einen Parteitag ab. Auf der vorläufigen Tagesordnung befinden sich folgende Punkte: Die Thätigkeit des bayerischen Landtags und die Wahlen zu demselben im Jahre 1893, Agitation und Organisation. Einberufer des Parteitages sind die Nürnberger Genossen Joh. Scherm und Martin Segitz.

* * *

Der 3. pfälzische Arbeitertag findet während der Pfingstfeiertage im Saalbau zu Kaiserslautern statt.

* * *

Was „politische Gegenstände“ sind, ist in neuerer Zeit schon mehrfach infolge einer Entscheidung des Reichsgerichts besprochen worden. Bei der Wichtigkeit der Sache ist es nicht unangebracht, nochmals auf die Frage zurückzukommen, da die preußischen Polizeibehörden die Fachvereine vielfach als politische Vereine im Sinne des § 8 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 behandelt haben. Auch der Regierungspräsident von Schleswig macht gerade deshalb neuerdings darauf aufmerksam, daß nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts als politische Angelegenheiten nur diejenigen anzusehen sind, welche Verfassung, Verwaltung, Gesetzgebung des Staates, die staatsbürgerlichen Rechte der Unterthanen und die internationalen Beziehungen der Staaten zu einander in sich begreifen. Die Ausübung der im § 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung verbürgten Koalitionsfreiheit, wie überhaupt die Arbeitsverträge zwischen Arbeitern und Arbeitgebern unterliegen der freien Vereinbarung der Vertragschließenden und gehören dem Privatrecht, nicht der Politik an. Es handelt sich bei der Bestimmung des Begriffs „politische Gegenstände“ nicht darum, durch irgendwelche Kombinationen zu ermitteln, ob der fragliche Gegenstand nicht unter irgend welchen Umständen in die Aufgaben und Interessen des Staates hinübergreifen kann, sondern ausschließlich darum, ob der Gegenstand als solcher unmittelbar den Staat, seine Gesetzgebung oder Verwaltung berührt, seine Organe und Funktionen in Bewegung setzt. Diese Gesichtspunkte sind in einem neueren Erkenntnisse des Reichsgerichts gerade in Bezug auf die Fachvereine aufgestellt worden. — Die Fachvereine wären hiernach als politische Vereine nur dann anzusehen, wenn besondere Thatsachen dies im einzelnen Falle rechtfertigen, insbesondere, wenn trotz des Statuts — das etwa die Beschäftigung mit politischen Dingen ausdrücklich ausschließt — thatsächlich in ihren Versammlungen in einer Reihe von Fällen politische Gegenstände erörtert worden sind.

* * *

Der erste Frauentag hat kürzlich in Lemberg stattgefunden. Derselbe gestaltete sich, wie die Wiener „Arbeiterinnen-Zeitung“ in Nr. 8 schreibt, zu einer sozialdemokratischen Kundgebung. Den Vorsitz führte Frau Pruchnik, welche für die politischen Rechte der Frauen in einem ausgezeichneten Referate eintrat. Frau Czajkovska und Kobryiaska (Bolechow) sprachen über die Zulassung der Frauen zu den Mittel- und Hochschulen und Genossin Koszycka über die Lage der Arbeiterinnen. Das Referat der Genossin Koszycka machte auf das ungemein zahlreich versammelte Publikum einen großen Eindruck. Als die Referentin in schlichten Worten die Lage der Arbeiterinnen in Lemberg schilderte, konnten sich viele Anwesende des Weinens nicht enthalten. Alle Referate behandelten die Frauenfrage als einen Theil der sozialen Frage, die nur mit dieser gelöst werden könne. Hervorzuheben ist noch das muthige Auftreten der Lehrerin Goldfarb, welche, alle Rücksichten außer Acht lassend, die Lage der Lehrerinnen besprach. Die Weiber der Bourgeosie hatten ohne Erfolg den riesigen Besuch der Versammlung zu verhindern gesucht, indem sie zu gleicher Zeit eine patriotische Versammlung einberiefen und als Paradepferd den eigens zu diesem Zwecke aus Krakau bezogenen Dichter Asnyk vorführten. Die Dämchen glaubten ihre Jugendsünden am besten vergessen zu machen, wenn sie von Haus zu Haus herumliefen und die Anhängerinnen des Frauentages durch Bitten und Drohungen zu bewegen suchten, von dem Besuche der Versammlung abzustehen. Am Frauentag nahmen Angehörige aller Nationalitäten des Landes in echt sozialdemokratischer Weise friedlich für die gemeinsame Sache mit einander wirkend, theil.

* * *

Aus New-York wird uns geschrieben: Der Antrag auf Vereinigung der beiden sozialistischen Fraktionen ist in der Urabstimmung auf beiden Seiten mit großer Majorität angenommen worden; die meisten Sektionen waren einstimmig dafür. Damit ist aber die Vereinigung noch nicht vollzogen, sondern es soll dieselbe erst durch einen gemeinsamen Kongreß, dem beiderseitige Konferenzen vorausgehen, endgiltig herbeigeführt werden. Aber obwohl es auf dem Kongreß zu einigen heftigen Auseinandersetzungen kommen dürfte, ist doch nicht zu bezweifeln, daß sich die Sozialisten Amerikas binnen wenigen Monaten wieder in einer gemeinsamen Organisation befinden werden. Und wenn dies auch unter den obwaltenden Umständen kein Ereigniß von einflußreicher Bedeutung für die Entwicklung der amerikanischen Arbeiterbewegung im Gesammten ist, so ist doch damit ein Zustand beseitigt, welcher deprimirend auf die sozialistischen Arbeiter selbst wirkte und den „politischen Drahtziehern“ in den gewerkschaftlichen Organisationen — so weit sich jene in ihrer Ignoranz überhaupt um derartige Dinge kümmern — Gelegenheit gab, auf die Zersplitterung unter den fortschrittlich gesonnenen Arbeitern zu verweisen.

* * *

Todtenliste der Partei. In Enkheim ist am 21. April der Steinmetz Heinrich Günther gestorben.

Lokales.

Die Lokalkommission macht bekannt, daß Herr Philipp, Rosenthalerstr. 38, von der Boykottliste zu streichen ist, indem derselbe das Zirkular der Kommission unterschrieben hat. Der Restaurateur Albert Weger, Inhaber vom Reichsgarten auf Pichelsberge, hat ebenfalls unterschrieben, Saal und Garten jeder Zeit zur Verfügung zu stellen.

J. A.: J. Wernau, Rosenstr. 30.

Der Zentralverein für Arbeitsnachweis hat soeben seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1891 erscheinen lassen. Derselbe ist zu einer umfangreichen Broschüre angewachsen und hat einen Inhalt, der viel Interessantes bietet. Der Bericht zerfällt in drei Abtheilungen: in den „Arbeitsnachweis für männliche Personen“, den für „weibliche Personen“ und eine Rubrik ist den vielgerühmten „Wärmehallen“ gewidmet. Die statistischen Zusammenstellungen ergeben, wie viel und wie wenig Arbeitskräfte an dieser Börse „gehandelt“ worden sind. Den einleitenden Worten entnehmen wir, daß der Bau der Lokalitäten in den Stadtbahnbögen 103/104 ca. 11 000 M. gekostet hat. Das Vorstandsmitglied, der freisinnige Baumeister und noch freisinnigere Stadtverordnete Herr Wohlgemuth hat die Bescheidenheit besessen, diesen Bau zum Selbstkostenpreise auszuführen. Damit hat sich der Herr um das Wohl der arbeitenden Klasse Verdienste erworben, die sich derselbe sicher nicht zu gering anrechnen wird. Der Verein selber kam durch die Bauerei in eine sehr mißliche Lage, seine Mittel waren vollständig erschöpft, durch „namhafte Zuwendungen“ verschiedener Millionäre und durch einen bedeutenden Zuschuß der Berliner Gemeindebehörde ist es möglich gewesen, daß sich der Verein über Wasser halten konnte.

Die Stadt Berlin hat übrigens für den Verein — Vorsitzender Herr Magistratsassessor Dr. jur. R. Freund — stets eine offene Hand gehabt. Da ist zuerst gezahlt worden die im städtischen Etat ausgeworfene Summe von 3000 Mark. Dann kommt noch unter den „einmaligen Beiträgen“ eine außerordentliche Subvention im Betrage von 5000 M. Das ergiebt 8000 M., — ein Beweis, welches Interesse die städtischen Behörden diesem Arbeits„markt“ entgegenbringen. Die Antheilscheine sind zum größten Theil von Vorstandsmitgliedern gezeichnet, die Herren sind so besorgt um das Wohl und Wehe der Arbeiter, daß sie an dieser Sorge sogar ihren Geldbeutel theilnehmen lassen. Diese Antheilscheine sind unkündbar und unverzinslich und sollen möglichst mit 10 pCt. jährlich zurückgezahlt werden. Da es aber dem Verein in diesem Jahre so trübselig ergangen ist, mußte von einer Rückzahlung Abstand genommen werden, — gewiß zum größten Vergnügen der armen Besitzer von Antheilscheinen. Als der Magistrat dem Verein die Unterstützung zusagte, stellte er die Bedingung, daß die „Vermittlungsgebühr“ fortfallen müsse. Der Verein mußte, wenn er mit den städtischen Behörden auf gutem Fuße stehen bleiben wollte, in diesen sauren Apfel beißen. In dem Geschäftsbericht heißt es, daß der Vorstand diese Bedingung „mit Freuden akzeptirte“. Das ist offizieller Stil! Aber der Vorstand wußte sich zu helfen: er verminderte den Ausfall durch eine Einschreibegebühr beim Arbeitsnachweis für weibliche Personen. Diese brachte 177,60 Mark ein. Das ist nicht viel, aber es hilft doch ein Loch zustopfen!

Nachdem noch mitgetheilt worden ist, daß die umfangreiche Insertion und Versendung von Zirkularen mit dazu beigetragen haben, die Kosten erheblich zu erhöhen, wird mit Stolz gemeldet, daß die Mitgliederzahl von 374 auf 520 gestiegen ist und daß hochgestellte Personen die „Gnade gehabt haben, dem Verein namhafte Beiträge zu überweisen“. Es ist also die Geldklemme des Vereins kaum zu erklären.

Den drei Abtheilungen über die einzelnen Unternehmungen des Vereins werden wir noch besondere Artikel widmen — namentlich die „Wärmehallen“ verdienen eine entsprechende Kritik. Was da alles für das Wohl der Arbeiter gethan wird, läßt sich kaum schildern.

Es schließt übrigens der Vorbericht der Vereinsmittheilungen mit folgendem Satz, der bezeichnend ist, für die Sorgen, mit denen sich die Leute tragen müssen:

„Dem Inspektor Herrn Scheibe ist der Titel Oberinspektor beigelegt worden“.

Und die Welt steht noch fest in ihren Angeln! —

Wohlfahrts-Konferenz. Gestern fand die zweite und Schluß-Versammlung statt. Zur Verhandlung stand: „Die zweckmäßige Verwendung der Sonntags- und Feierzeit“. Das sanftlebende Fleisch von Dresden, Geh. Rath Prof. Dr. Böhmert, wiederholte seine von uns bereits vor einiger Zeit mitgetheilten Vorschläge. Es beruhen diese auf dem Geist der Bevormundung der Arbeiter, wenn auch mehrfach gesagt wird, die Bevormundung sei auszuschließen. Der Vorschlag 4 lautet: „Der Unternehmer sollte sich an den Erholungen seiner Arbeiter nicht nur mit Gaben, sondern mit seiner Person, aber nicht als Herr, sondern als Genosse unter Genossen betheiligen.“ Für diesen Bauernfang fehlt heute denn doch den Arbeitern die Empfänglichkeit. Mag sich der Prinzipal bei der Arbeit und Lohnzahlung seinen Arbeitern als Genosse bewähren, möge er ihre Gleichberechtigung anerkennen, möge er nicht ihr Vereinigungsrecht vergewaltigen, dann mag er an den Vergnügungen der Arbeiter Theil nehmen. So aber wird er immer nur als Störer der Gemüthlichkeit erscheinen, die Arbeiter werden auf ihn wie auf einen Zuchtmeister blicken, der sie auch bei ihren Vergnügungen verfolgt.

Die „Arbeiten“ der Wohlfahrts-Konferenz, der so viele Minister und Geheimräthe beiwohnten, bestanden einfach darin, daß man leeres Stroh drosch.

Die Lehrlingsausbeutung ist eine der schändlichsten Formen der kapitalistischen Ausbeutung und steht in üppigster Blüthe. Wir heben hier nur einen Fall hervor, der leider noch lange nicht zu den schlimmsten gehört. In einer Alfenidewaaren-Fabrik werden 17 Lehrburschen und nur 9 Gesellen und 1 Werkführer beschäftigt. Haben die Lehrlinge 4 Jahr gearbeitet, dann haben sie „ausgelernt“ und werden entlassen. Die Ausbildung, die sie genießen, ist selbstverständlich nur eine äußerst einseitige, die Hauptsache ist die Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft. Das erste Jahr bekommen sie als Lehrling 3 M. wöchentlich, wovon 25 Pf. für Krankenkasse und Alters- und Invaliditätskasse und 10 Pf. Spargeld abgezogen werden, so daß sie, wenn sie nicht einmal einige Minuten zu spät zur Arbeit kommen, wofür Strafgeld abgezogen wird, 2,65 M. erhält. In jedem folgenden Jahr steigt der Lohn um 1 M., also auf 4, 5 und 6 M., und im Verhältniß auch die Abzüge. Dann steht er nach 4 Jahren auf der Straße; während seiner Lehrzeit sind eine ganze Anzahl neue Lehrlinge „angelernt“, denen das gleiche Schicksal bevorsteht. Da ihre Ausbildung nur eine lückenhafte ist und vielfach blos in der Anfertigung einiger Spezialitäten besteht, sind sie anderwärts kaum zu verwenden. Solche junge Burschen sind oft die einzige Hoffnung ihrer Mutter; was sie erschwingen konnte, hat sie sich während der Lehrzeit für ihren Sohn am Munde abgespart, und jetzt nach beendeter Lehrzeit, wo sie in ihm eine Stütze zu haben denkt, fällt er ihr womöglich erst recht zur Last. Die Gesellschaft ächtet die offenkundigen Wucherer, man meidet die Kuppelwirthe und Zuhälter, man kann sich vor Entrüstung nicht lassen über die Weibsbilder, welche Kindern auf der Straße die Ohrringe aushängen, aber solchen Knabenschindern, welche junge Leute unter dem Vorwande, sie auszubilden, an sich locken, nur um sie auszubeuten und sie dann einem verfehlten Leben zuzutreiben, gegen solche Leute verhält man sich durchaus nicht abwehrend, sie gelten als Ehrenmänner und ihre Verdienste um die Erziehung der Jugend werden gepriesen, und doch sind sie schädlicher und verderbenbringender, als die oben genannten Kategorien, welche die allgemeine Verachtung straft.

Der Verein zur Besserung der Strafgefangenen hat in seiner am Sonnabend abgehaltenen diesjährigen Hauptversammlung aufs Neue bewiesen, daß er seinem Prinzip, den Großgrundbesitzern Arbeiter zu verschaffen, auch in dem abgelaufenen Jahre treu geblieben ist. Wir haben uns schon vor ein und zwei Jahren wiederholt mit der Thätigkeit dieses Vereins beschäftigt. Vor einem Jahre glaubte der Dirigent des Arbeitsnachweise-Bureaus Kaufmann Bischoff noch, den Verein öffentlich gegen den von uns erhobenen Vorwurf verwahren zu müssen, daß er schließlich blos die Interessen der Großgrundbesitzer fördere und seine „Pfleglinge“ zu Arbeitgebern bringe, die sie gegen einen wahren „Spitzbubenlohn“ beschäftigen. Diesmal wurde das gar nicht mehr für nöthig gehalten, sondern es wurde offen zugegeben, im Jahresbericht wie auch von dem stellvertretenden Vorsitzenden Geh. Ober-Justizrath Dr. Starcke, daß der Verein sich bemüht, „gleichzeitig die Interessen der Gegenden, in denen es an Arbeitern fehlt, zu fördern“, daß die Arbeitgeber, „anfangs oft nur durch die Unmöglichkeit, in anderer Weise Arbeiter zu erhalten, zu dem Entschlusse zu bringen sind, Strafentlassene aufzunehmen“, und daß sie „ihre eigenen Interessen bei dem guten Werke, welches sie an den Strafentlassenen verrichten, nicht schädigen“. Das ist wenigstens offen und ehrlich gesprochen, wenngleich das Geständniß etwas spät kommt. Dagegen verhalten sich die Herren hinsichtlich der an die Strafentlassenen von Seiten der Großgrundbesitzer gezahlten Löhne nach wie vor sehr zugeknöpft. Für die aufs Neue aufgestellte Behauptung, daß sich die Strafentlassenen als Landarbeiter gar nicht schlecht stünden, ist man, von einigen allgemeinen Redensarten abgesehen, aufs Neue den Beweis schuldig geblieben. Der Verein hat sich immer noch nicht entschließen können, mit einer genauen Statistik über die Löhne dieser Landarbeiter vor die Oeffentlichkeit zu treten. Wir wiederholen, daß diese nun bereits zum dritten Male von uns gestellte Forderung um so leichter zu erfüllen ist, da der Verein mit seinen „Pfleglingen“ wie mit deren Arbeitgebern noch lange Zeit in persönlichem oder briefslichem Verkehr bleibt.

Diejenigen Angaben, welche man dem Jahresbericht über 1891 einzureihen gewagt hat, bieten übrigens immer noch genug Material, um danach den Werth der Thätigkeit des Vereins beurtheilen zu können. Die Zahl der Hilfesuchenden (3980), wie die der in Stellung Gebrachten (3302) sind beide gegen 1890 gewachsen. In den kältesten Monaten, in denen Arbeit am schwersten zu finden und die Hilfe auch aus anderen Gründen am nöthigsten ist, war auch diesmal wieder, wie in den Vorjahren, der Andrang am stärksten, die Zahl der nachgewiesenen Stellungen dagegen am geringsten. Landarbeiter werden eben im Winter schon gar nicht gebraucht. In den warmen Monaten war von Allem genau das Gegentheil der Fall. In der Erntezeit besonders scheinen die Strafentlassenen bei den mecklenburgischen Junkern ein sehr begehrter Artikel gewesen zu sein. Der Verein berücksichtigt daher bei der Unterbringung der „Pfleglinge“ thatsächlich fast nur noch die „nothleidenden“ Großgrundbesitzer. Die Zahl der als Landarbeiter (Knechte, Hofgänger) Untergebrachten war 1888: 687, 1889: 736, 1890: 1413, 1891: 1729. Im Jahre 1891 wurden außerdem noch 960 als Erd- und Ziegelei-Arbeiter und 165 als Fabrikarbeiter untergebracht, sodaß von im Ganzen 3302 allein 2854 (= 86 pCt) als „Arbeiter“, wie sie im Bericht genannt werden, Beschäftigung erhielten. Ob dieses Ergebniß ein „Erfolg“ zu nennen ist, läßt sich erst dann richtig beurtheilen, wenn die „Arbeiter“ neben die andere Gruppe von „Pfleglingen“, die Beamten, Kaufleute, Buchhalter, Verkäufer, Aufseher, Schreiber, Handwerker, Kutscher, Hausdiener, gestellt werden. Zu Gruppe 1 gehörten nach ihrem

früheren Beruf 1339 (= 59 pCt.), zu Gruppe 2 1363 (= 41 pCt.). Hinsichtlich der nachgewiesenen Beschäftigung gehörten zu Gruppe 1 nur 448 (= 13½ pCt.), zu Gruppe 2 dagegen 2854 (= 86½ pCt.). Demnach wurde der allergrößte Theil der „Pfleglinge" aus Gruppe 1 einem „schlechteren" Berufe zugeführt. Natürlich ist für lange und schwere Arbeit schlecht bezahlt und niederträchtig behandelt werden immer noch besser als völlig ohne Arbeit sein und hungern müssen. Thatsache ist aber, daß auch der „Verein zur Besserung der Strafgefangenen" das Unrecht, welches die Gesellschaft an dem einmal Gestrauchelten durch unbarmherzige Aechtung desselben begeht, nicht wieder gut zu machen vermag. Die Aechtung des entlassenen Strafgefangenen wird aber durch den Verein noch gefördert. Wer die Hilfe des Vereins anruft, der stellt sich selbst unter die Polizeiaufsicht mit allen ihren schlimmen Folgen. In dem Hilfsbereiche des Vereins kann der Entlassene nie vergessen machen, daß er einmal ein Vergehen begangen hat. Von Arbeitgeber zu Arbeitgeber verfolgt ihn das Signalement des „Verbrechers". Wenn etwas erreicht werden soll, dann muß der Hebel ganz wo anders angesetzt werden. Nicht die Folgen des Straucheln zu lindern, sondern das Straucheln zu verhüten, muß das Endziel sein. Viele werden nur durch die Ungunst der sozialen Verhältnisse zu Falle gebracht. Der Direktor des Moabiter Zellengefängniß sollte in der Sonnabend-Versammlung über „die sozialen Ursachen der Verbrechen" sprechen. Er ging jedoch den sozialen Erscheinungen des Gesellschaftslebens sorgfältig aus dem Wege. Vielleicht konnte auch er sich der Erkenntniß von deren Zusammenhang mit der Kriminalität nicht verschließen, und vielleicht hatte er weder den Muth zu lügen, noch die Wahrheit zu sagen.

Zu der Notiz betreffs des Reichs-Kursbuches in Nr. 95 d. Bl. erhalten wir folgendes Schreiben:

„Ich bin ein großer Freund des Reichs-Kursbuches und habe oft gefunden, daß Leute sich geirrt haben, wenn sie glaubten, dort Unrichtigkeiten entdeckt zu haben. So ist es auch Ihrem „Proletarier" ergangen. Das Kursbuch bezeichnet den von Ihnen genannten Zug deutlich mit 1—(4). — Auf Seite 2 des Umschlags, die den deutlichen Vermerk trägt: „Vor dem Gebrauch des Buches zu lesen", findet man: „Die Wagenklassen sind, soweit es der Raum gestattet, in den Ueberschriften der Züge angegeben. Die Angabe ist mit einer Klammer versehen, z. B. 1—(4), wenn sie nur für eine Theilstrecke des betr. Zuges Giltigkeit hat." Allerdings hätte die Antwort lauten müssen: „Vierte Klasse bis Berlin giebt es nicht."

Wir sind dem Einsender sehr dankbar für die liebenswürdige Zurechtweisung und empfehlen unserem Berichterstatter, sie ad notam zu nehmen.

Auch auf der Reichsbank sind schwere Defraudationen und zwar im Geschäftsbetriebe des Lombard-Comptoirs entdeckt worden. Der Kalkulator S., dem auch die Vertretung des Vorstehers dieses Departements oblag, ist verhaftet. Der Hauptkassirer Rothschild's stiehlt 2½ Millionen, der Pastor Müller benutzt sein Amt als Seelenhirt, die gesammte ihm anvertraute Heerde auszuplündern, und auf der Reichsbank selbst giebt es Langfinger mit kapitalistischen Grundsätzen. Von Privatbanken wollen wir gar nicht reden; wenn auch das Eigenthum „heilig" ist, so ist doch die Heiligkeit fremder Depots längst ein Märchen. Wie ist da zu helfen? Die Abhilfe liegt näher als man denkt. Man lasse die Nachfolger des Schlosser-Ede, des Eier-Ede, des Böttcher-Karl und andere Koryphäen der sogenannten Diebszunft frei, gebe ihnen gesicherte und gut dotirte Anstellungen als Kassirer und Kontrolleure, und wir, d. h. der Referent, wollen uns mit unserem ganzen Vermögen dafür verbürgen, daß so kolossalle Unterschleife, wie sie gegenwärtig üblich, nicht mehr vorkommen.

Zahlreiche Haussuchungen und Verhaftungen haben am Montag stattgefunden. Unter den Verhafteten werden genannt die Metallarbeiter Wach und Pawlowicz, Buchhändler Zack, Arbeiter Lehmann, Tischler Müller, Arbeiter Krebs und Reporter Wach. Im Kriminalgebäude wurden die Verhafteten vor den Untersuchungsrichter des Reichsgerichts Dr. Schulz, welcher die Untersuchung im Hochverrathsprozeß gegen Kamien und Genossen führt, vernommen. Nach der Vernehmung wurden die Meisten der Verhafteten wieder entlassen.

Eine Haussuchung fand Montag früh beim Restaurateur B. Rennthaler, Pasewalkstr. 4, statt. Es wurde nach anarchistischen Schriften gesucht, aber keine gefunden. Herr Rennthaler selbst wurde verhaftet, aber Nachmittags 2 Uhr vom Untersuchungsrichter wieder entlassen.

Der Restaurateur C. Appler schickt uns in seiner Angelegenheit eine Erwiderung auf die gestrige Erklärung des Herrn Franz Schmidt. Da er erklärt, sich an das Komitee des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises wenden zu wollen, auf das wir eigentlich ihn von vornherein hätten verweisen sollen, so halten wir diese Sache, was unser Blatt anbetrifft, für erledigt.

Eine Schwindlerin. Eine Frau kam gestern (Dienstag) Nachmittag zu einer Produktenhändlerin in der Wallstraße und bot eine Quantität von 7—8 Zentnern alten Zinns, das sie auf einem Bau liegen habe und das von dort abzuholen sei, zum Verkauf an. Um es fortholen zu können, habe sie aber noch 9 Mark an den Bau-Unternehmer, dem sie die Zinnabfälle abgekauft, zu zahlen. Die Produktenhändlerin fuhr darauf mit der Frau nach dem Bauplatze Ecke Linden- und Feilnerstraße. Dort erklärte die Schwindlerin, daß sie, während die Händlerin unten mit dem Wagen warte, in das neue Gebäude zu dem Bau-Unternehmer hinaufgehen werde, um ihm die 9 Mark zu zahlen. Sie wurden ihr ausgehändigt, die Schwindlerin ging auch in das Haus, aber sie kehrte nicht wieder; sie hatte durch einen anderen Hausausgang mit den erschwindelten 9 M. Reißaus genommen. Die Schwindlerin war etwa 30 Jahre alt, sie trug einen langen schwarzen Mantel und darüber ein hellkarrirtes Umschlagetuch.

Der in der Ritterstr. 25 wohnhafte 42jährige Handlungsgehilfe Adolph Cohn, seit zwanzig Jahren bei der Firma Jakob u. Richter in der Leipzigerstr. 66, hat am Donnerstag, 21. d. M., seine Wohnung, die er mit seinen Schwestern gemeinsam inne hat, verlassen und ist seitdem verschwunden. Da Cohn seit längerer Zeit leidend war, befürchtet man, daß ihm ein Unfall widerfahren sei. Etwaige Mittheilungen über den Vermißten sind an die Schwestern, Ritterstr. 25, 2 Treppen, zu richten. Er ist von kleiner, schmächtiger Figur und trug einen dunkelbraunen Ueberzieher, schwarzen Rock, graue Hosen mit feinen rothen Streifen, und schwarzen hohen Filzhut. Hut und Wäsche waren A. C. gezeichnet.

Ein entsetzlicher Unglücksfall, der den Tod eines jungen Mannes herbeigeführt, wird uns vom gestrigen Morgen aus der Schönhauserstraße 72 gemeldet. In dem bezeichneten Hause dieser Straße war in der daselbst befindlichen Bautischlerei von Harms der 16jährige Lehrling Sonnenberg, Swinemünderstr. 41 bei den Eltern wohnhaft, angestellt. S. war in einer Remise der Fabrik beschäftigt und wollte soeben ein Brett von einem bis an die Decke aufgestapelten Stoß gehobelter Balken herunternehmen, als er mit der Leiter, auf welcher er stand, umfiel und zu Boden stürzte. Durch die Erschütterung gab der Holzstapel nach, gerieth ins Stürzen und begrub den Lehrling unter der enormen Last, die ihm die Glieder zerschmetterte. Der Unglückliche wurde von hinzueilenden Arbeitsgenossen hervorgezogen und verstarb schon nach wenigen Minuten, ehe ärztliche Hilfe herbeigeholt werden konnte.

Billiges Petroleum. Vor dem Hause Blücherstr. 89 entglitt gestern Abend ein großes Petroleumfaß beim Abladen von einem Lastwagen den Händen des Rollkutschers; es stürzte mit solcher Wucht auf das Steinpflaster, daß es vollständig zerschellte und sein Inhalt sich über die Straße ergoß. Gleich einem Bienenschwarm eilte Alt und Jung, mit Gefäßen und Schöpflöffeln ausgerüstet, zu der billigen Petroleumquelle und suchte zu retten, was zu retten war.

Das 2½jährige Töchterchen eines in der Pücklerstr. 82 wohnenden Arbeiters war Montag Vormittag seiner älteren Schwester entlaufen, dabei unter die Räder eines Bierwagens gerathen und wurde so unglücklich überfahren, daß der Kopf vollständig vom Rumpfe getrennt wurde. Die ältere Schwester ist gleich nach dem Unfall entlaufen und war bis zum Abend noch nicht zurückgekehrt. Der Vater ist schon seit längerer Zeit arbeitslos.

Der Maurer Hermann Stuckert war Dienstag Vormittag in dem Hause Friedrichsgracht 49 mit Maurerarbeiten beschäftigt, während in demselben Raume ein Koaksofen zum Trocknen der Wände brannte. Gegen 9 Uhr wurde Stuckert bewußtlos aufgefunden und mußte nach der Charitee gebracht werden.

Anscheinender Mord! Gestern, Dienstag, Vormittags 9 Uhr, zog man aus dem Wasser des Humboldthafens die Leiche einer kräftigen Mannsperson, die dem Arbeiterstande anzugehören und im Alter von 35—40 Jahren zu stehen schien. Die Leiche war bekleidet mit zerrissener, unterer Hosenhälfte. Sie zeigte Stichwunden im Kopfe und der Brust. Der rechte Arm und linke Fuß zeigten bruchliche Verletzungen. Von Schiffern war sie zwischen den Fahrzeugen gefunden worden und schien schon einige Tage im Wasser gelegen zu haben. Die Polizeibehörde brachte die Leiche mittels Wagen nach dem Leichenschau-Hause.

Zur Sonntagsruhe. Den Barbieren und Friseuren ist die Mittheilung geworden, daß es nach Einführung der Sonntagsruhe weder den Geschäftsinhabern noch ihren Gehilfen gestattet ist, die Kunden außer dem Hause zu bedienen, es sei denn während der drei Stunden, die diesem Gewerbe zur Thätigkeit während des Sonntags zugebilligt werden.

Polizeibericht. Am 25. d. M. Vormittags fiel der Kutscher Stelzner auf dem Grundstück Liegnitzerstr. 15 mit einem Theil der aus Ziegelsteinen bestehenden Ladung vom Wagen, gerieth unter die Räder und erlitt so bedeutende Verletzungen an beiden Beinen, daß er nach dem Krankenhause am Urban gebracht werden mußte. Vor dem Hause Pücklerstr. 29 wurde ein einjähriges Mädchen von einem Bierwagen überfahren und auf der Stelle getödtet. — Mittags erschoß sich ein beschäftigungsloser Buchhalter in seiner Wohnung in der Schönhauser Allee mittelst Revolvers. — An der Ecke der Linien- und Rosenthalerstraße wurde eine mit ihrem kleinen Kinde den Straßendamm überschreitende Frau von einem in schneller Fahrt aus der Linienstraße kommenden schwer beladenen Rollwagen überfahren und erlitt anscheinend lebensgefährliche innere Verletzungen, während das Kind nur eine Quetschung der Hand davontrug. Mutter und Kind wurden nach dem St. Hedwigs-Krankenhause gebracht. — Vor dem Hause Brückenstr. 6b gerieth ein sechsjähriger Knabe unter die Räder eines in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagens und wurde am Knie so bedeutend verletzt, daß seine Ueberführung nach dem Krankenhause Am Urban erforderlich wurde. — Abends wurde eine Frau in ihrer Wohnung, am Johannistisch, erhängt vorgefunden. — In der chemischen Fabrik von J. F. Riedel, Gerichtstraße 12, entstanden Vormittags im Keller infolge Entzündung von Schwefel-Kohlenstoff starke Explosionen, wodurch das Gewölbe zerstört wurde und größere Vorräthe von Spiritus, Aether, Benzol, Terpentin ꝛc. in Brand geriethen. — Am 26. d. M. Morgens fiel auf dem Grundstück Schönhauser Allee 78 ein hoher Bretterstapel um und wurde hierbei der Tischlerlehrling Sonnenberg am Kopf schwer verletzt. Er sollte nach dem Lazarus-Krankenhause gebracht werden, verstarb jedoch schon auf dem Transport dahin. — Außerdem fanden Abends vier Brände statt.

Gerichts-Zeitung.

Das Schwurgericht des Landgerichts I hatte sich gestern mit der Anklagesache gegen die 26jährige Telegraphistin Emma Minna Barnewitz zu beschäftigen, welche des versuchten Mordes beschuldigt war. Trotzdem durch die Zeitungen bekannt gegeben worden war, daß die Verhandlung unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfinden würde, war der Zuhörerraum doch bei Beginn der Sitzung bis auf den letzten Platz gefüllt und besonders das weibliche Geschlecht stark vertreten. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Schenk, die Anklagebehörde vertritt Staatsanwalt v. Rheinbaben, die Vertheidigung führt Rechtsanwalt Wronker. Nach Verlesung des Anklagebeschlusses wurde die Oeffentlichkeit ausgeschlossen, so daß wir uns darauf beschränken müssen, eine kurze Darstellung des Sachverhalts zu geben, der der Anklage zu Grunde liegt. Die Angeschuldigte, welche beim hiesigen kaiserlichen Telegraphenamt angestellt war, lernte im Dezember v. J. den Kommis Max Bochow kennen. Aus der Bekanntschaft wurde bald ein intimes Liebesverhältniß. Die Angeklagte will sich der Hoffnung hingegeben haben, daß das Verhältniß mit einer Heirath endigen solle, eine Anschauung, welche Bochow nicht für begründet hielt, wenigstens will er in der Angeschuldigten nie eine derartige Hoffnung erweckt haben. Er wurde kälter und kälter gegen die Angeklagte und als er unzweideutige Bemerkungen machte, daß er darnach trachte, das Verhältniß zu lösen, soll die Angeklagte den Plan gefaßt haben, ihn ums Leben zu bringen. Am 11. Februar ds. Js. kaufte die Barnewitz beim Waffenhändler Mehles einen sechsläufigen Revolver und verlangte 12 scharfe Patronen dazu. Fräulein Mehles, welche die Käuferin bediente, befolgte aber die von ihrem Vater ertheilte Anweisung, Waffen kaufenden Damen niemals scharfe, sondern nur sogenannte „Platzpatronen" zu verabfolgen. Dieser Umstand hat dem Kaufmann Bochow wahrscheinlich das Leben gerettet. Platzpatronen bestehen nur aus Papphülsen, welche mit Pulver gefüllt und mit einem Pfropfen von Pappe geschlossen sind. Am Abend des 12. Februar suchte die Barnewitz den Bochow in dessen Chambre-garni-Wohnung in der Straße Am Zirkus Nr. 12 auf. Es kam zwischen dem Paar wieder zu heftigen Auseinandersetzungen, Bochow verließ seine Wohnung, während die Angeklagte dort verblieb. Gegen drei Uhr in der Nacht kehrte Bochow zurück. Er traf die Barnewitz noch in seiner Wohnung an. Nach etwa einer Stunde wurden die Hausbewohner durch mehrere Schüsse aus dem Schlafe geschreckt. In der Bochow'schen Stube hatte sich eine tragische Szene abgespielt. Als Bochow die Thür öffnete, hielt er einen Revolver in der Hand, er theilte den Nachbarn mit, daß die Barnewitz zweimal auf ihn geschossen habe. Dann sei es ihm gelungen, ihr die Waffe trotz heftiger Gegenwehr zu entringen. Die Barnewitz hatte die Stube von innen verriegelt, als Bochow auf den Flur eilte. Erst nach einer Stunde öffnete sie, völlig bekleidet und ohne sichtliche Aufregung die Thür, man ließ sie gehen, ohne ihr ein Hinderniß in den Weg zu legen. Zwei Tage darauf wurde sie verhaftet. Bochow hatte noch in der Nacht des Angriffs die Universitätsklinik aufsuchen müssen. Die Schüsse waren aus nächster Nähe gegen ihn abgegeben und gegen das Gesicht gerichtet, der Verschluß der einen Patrone hatte ihn unmittelbar unterhalb des rechten Auges getroffen und ein Theil der Pulverkörner war in das Auge gedrungen, wodurch eine Entzündung hervorgerufen wurde, die noch nicht völlig gehoben ist. Der zweite Schuß verletzte den Getroffenen nur in unerheblicher Weise. Nach der Anklage soll die Barnewitz die That mit Ueberlegung ausgeführt haben und werden zur Bekräftigung dieser Annahme verschiedene Belastungsmomente angeführt. Unter anderem soll die Barnewitz zwei Tage vor dem Attentat einer Freundin, auf welche sie eifersüchtig war, gesagt haben, daß sie den „Max" todtschießen werde.

Wie wir hören, bestreitet die Angeklagte, daß sie sich mit dem Vorsatze zu Bochow begeben habe, denselben zu erschießen, sie habe sich vielmehr selbst vor seinen Augen tödten wollen und sich erst zu einem Angriff gegen Bochow hinreißen lassen, nachdem dieser ihre Annäherung in schnöder und beleidigender Weise zurückgewiesen habe.

Um 5 Uhr wurde das Urtheil gesprochen.

Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Wronker, hatte in mehr als anderhalbstündiger Rede für die Nichtschuld der Angeklagten plädirt.

Die Geschworenen verneinten das Moment der Ueberlegung, sprachen dagegen die Angeklagte des versuchten Todtschlags unter Zubilligung mildernder Umstände schuldig.

Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnißstrafe von 1 Jahr 3 Monaten, unter Abrechnung von 2 Monaten durch die erlittene Untersuchungshaft.

Das Urtheil lautete auf eine Gefängnißstrafe von sechs Monaten, wovon zwei Monate für verbüßt erachtet wurden. Die Verurtheilte wurde aus der Haft entlassen. Die Geschworenen traten sofort zusammen, um mit der Beihilfe des Vertheidigers ein Gnadengesuch zu entwerfen.

Der Prozeß Polke wird wohl noch einige Tage währen. Da sich die Verhandlung auf dem Boden der Börsensachverständigen, der Börsenspekulanten, der Geschäftsusanzen bewegt, ohne in Erörterung zu ziehen, ob dieser Boden ein rechtsgemäßer ist, so war vorauszusehen, daß der große sensationelle Prozeß im Sande verlaufen wird. So hat sich denn auch der Gerichtshof veranlaßt gesehen, nach 13monatlicher Untersuchungshaft am Montag am Schluß des 14. Verhandlungstages, den Angeklagten aus derselben zu entlassen. Herr Polke ist, wie aus dem Prozesse ersichtlich, im Großen und Ganzen nicht besser und nicht schlechter, wie ein großer Theil seiner als „Sachverständige" fungirenden Kollegen.

Ein freigesprochener Angeklagter hat nach der Straf-Prozeß-Ordnung das Recht, eine Abschrift des Urtheils zu fordern. Bisher wurden von der Staatsanwaltschaft resp. der Strafkammer Denen, welche von diesem Rechte Gebrauch machten, die Schreibgebühr für die ertheilte Urtheilsabschrift abgefordert, und diese ist dann auch fast stets bezahlt worden. Rechtsanwalt Dr. Flatau als Vertheidiger des von der Anklage der Gefährdung eines Eisenbahn-Transports freigesprochenen Lokomotivführers Grabow in Rummelsburg lehnte die Bezahlung der Schreibgebühr in Höhe von 1 M. 80 Pf. ab, weil sein Klient unter Verurtheilung der Staatskasse zu den Kosten freigesprochen worden ist, und daß Verfahren nicht schon mit der Verkündung des Urtheils, sondern erst mit der Aushändigung der geforderten Abschrift desselben seine Beendigung gefunden hat. Auf die eingelegte Beschwerde hat nun die Staatsanwaltschaft beim Landgericht II zu Berlin unter Adoptirung der vorstehend geltend gemachten Gründe die Kosten niedergeschlagen.

Ein Nachtrag zu den Aufruhrprozessen war die Anklage, welche gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I gegen den Arbeiter Max Böhme verhandelt wurde. Nach der Anklage hatte sich am Nachmittag des 26. Februar dieses Jahres eine nach Tausenden zählende Menschenmenge im Lustgarten angesammelt. Als die Schutzmannschaft die Menge zurückzudrängen suchte, wurde nach derselben mit Steinen geworfen. Der Schutzmann Müller gerieth besonders in Gefahr, er wurde von seinen Kollegen getrennt, von einer Anzahl der Tumultuanten umzingelt und arg bedrängt. Von verschiedenen Seiten wurde der Ruf laut: „Werft ihn ins Wasser!" und schon schickte man sich an, die Drohung auszuführen, als dem Bedrängten Hilfe wurde. Es gelang nur den Angeklagten Böhme als einen der Thäter, die mit Steinen geworfen, aus der Menge herauszugreifen. Im Termine legte Böhme sich aufs Leugnen, er wollte nur unthätiger Zuschauer gewesen sein. Einer der Schutzleute hatte ihn aber während des Tumults fortwährend im Auge behalten, bis er ihn greifen konnte. Der Gerichtshof hielt einen Irrthum in der Person des Angeklagten auch für ausgeschlossen und verurtheilte denselben zu einer Gefängnißstrafe von zwei Jahren.

Ebenso wurde der Arbeiter Kist von derselben Kammer zu zwei Jahren Gefängniß verurtheilt, weil er sich als Rädelsführer an dem Aufruhr betheiligt hatte. Kist konnte nicht mit den übrigen Rädelsführern verurtheilt werden, weil er bei den Krawallen einen Säbelhieb über den Kopf erhalten hatte, an dessen Folgen er bis jetzt im Lazareth gelegen.

Eine seltsame Ehescheidungs-Geschichte fand gestern ihren Abschluß vor der 123. Abtheilung des Schöffengerichts. Die K.'schen Eheleute betrieben im Jahre 1890 in der Oranienstraße ein Maskengeschäft. Ihre Ehe stand nicht unter dem Zeichen des hübschen Spruches: „Wie schön und lieblich ist es, wenn Menschen einträchtig bei einander wohnen", vielmehr wurde der Gedanke einer Ehetrennung namentlich von Seiten der Frau sehr häufig ventilirt. Der Plan kam aber nicht zur Ausführung, weil über den Besitz des werthvollen Maskenlagers eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Da, zu Weihnachten, zimmerte sich das kluge Frauchen, welche mit aller Entschiedenheit die „Rosenketten" zerreißen wollte, einen Plan zusammen, welcher der weiblichen Erfindungskunst alle Ehre macht. Der Familiensinn kam bei ihr plötzlich zur höchsten Blüthe und ihr Ehemann war einer der glücklichsten Menschen, als die Frau das Schmollen ließ und ihm den Vorschlag machte, bei seinen in Schlesien wohnenden Eltern einen Feiertagsbesuch abzustatten. Die Reise wurde im besten Einvernehmen ausgeführt, die Eltern freuten sich über die liebevolle Tochter und am dritten Feiertage dampfte man fröhlich wieder nach Berlin zurück. Auf dem Bahnhofe war das aufmerksame Frauchen plötzlich von der Seite des Mannes verschwunden und wie er auch suchte und spähte — er vermochte keine Spur mehr von ihr zu entdecken. Er vermuthete einen „Scherz" seiner Frau, als er aber in seiner Wohnung angelangt war, sah er zu seinem Entsetzen, daß es sich um blutigen Ernst handelte, denn daselbst starrten ihm vier leere Wände entgegen. Madame hatte eine verschmitzte Komödie aufgeführt und während der Feiertags-Vergnügungen in Schlesien hierselbst durch zwei Vertraute die gesammte Wohnung ausräumen lassen. Der Koup war von ihrem jetzigen Ehemann, Kaufmann Richard Fiebranz und dessen Schwester Frau Freese ausgeführt worden, die sich nunmehr wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruches zu verantworten hatten. Der Beweisführung zufolge waren die Angeklagten ohne Berechtigung in die auf den Namen des Ehemannes gemiethete Wohnung eingedrungen und hatten die Ausräumungsarbeiten vorgenommen. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Dr. Haase, bestritt einerseits den vorhandenen Dolus, da die Ehefrau den Angeklagten gesagt hatte, daß die Wohnung von ihr gemiethet worden sei, andererseits behauptete er, daß event. nicht gemeinschaftlicher, sondern nur einfacher Hausfriedensbruch vorliege, zu dessen Verfolgung ein Strafantrag nothwendig wäre. Da ein solcher nicht vorlag, erkannte der Gerichtshof auf Einstellung des Verfahrens, sodaß die Werkzeuge der erfindungsreichen Ehefrau unbestraft blieben.

Elbing, 25. April. Die Strafkammer des Landgerichts erachtete den ehemaligen Landesdirektor Dr. Wehr (siehe den Bericht in der gestrigen Nummer) der Anstiftung zur Untreue und Unterschlagung in 6 Fällen für schuldig und verurtheilte ihn zu zwei Jahren Gefängniß unter Anrechnung von 8 Monaten Untersuchungshaft. Das erste Urtheil hatte nur wegen Beihilfe auf 1 Jahr Gefängniß unter Anrechnung von 10 Monaten Untersuchungshaft gelautet.

Reichsgericht. Leipzig, 25. April. (Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen.) Eine Strafsache, die infolge der außergewöhnlichen Länge der kürzlich beendeten Reichstags-Session fast zwei Jahre lang vertagt war, kam heute vor dem dritten Strafsenate des Reichsgerichts zum Abschlusse. Am 24. April 1890 ist der sozialdemokratische Redakteur Max Schippel in Friedrichshagen wegen Vergehens gegen die öffentliche Ordnung (§ 131 des Str.-G.-B.) vom Landgerichte Chemnitz zu 9 Monaten Gefängniß verurtheilt worden und zwar wegen einer Wahlrede, die er am 21. Januar 1890 im Feldschlößchen zu Kappel vor einer sehr zahlreichen Versammlung gehalten hat. Herr Schippel trat damals als Reichstags-Kandidat auf und ist dann auch später gewählt worden. Die inkriminirten Sätze seiner Rede sind von drei Polizisten, die der Versammlung beiwohnten, notirt worden und, wiewohl sie nicht ganz in ihrem Wortlaute übereinstimmten, vom Landgerichte als erwiesen festgestellt worden. Danach hat der Angeklagte sich ungefähr dahin ausgesprochen, daß die Regierung nur die Interessen des Großkapitales wahrnehme, daß der Staat ein Ausbeuter sei; daß die Arbeiter außer ihren eigenen Beiträgen auch die des Staates zu der Alterversorgung zahlten, da sie die Steuerzahler seien, daß der Staat nur für das Kapital etwas thue, aber nichts für die Arbeiter, daß er die Schutzzölle nur für die Fabrikanten geschaffen habe 2c. Den Staatszuschuß an der Arbeiterversorgung, so soll der Angeklagte insbesondere gesagt haben, zahlten auch die Arbeiter, das sei gerade so, als wenn ein Räuber eine gefüllte Börse raube und dem Eigenthümer einen Nickel zurückgebe. Von den Gesetzgebern soll der Angeklagte gesagt haben, sie setzten die Ausbeuterei nur fort. Das Gericht stellte fest, daß der Angeklagte Gesetze und gesetzgeberische Einrichtungen, also Einrichtungen des Staates verächtlich gemacht habe. Die Verächtlichmachung erhelle schon aus dem Vergleiche mit dem Räuber. Die behaupteten Thatsachen seien erdichtet und öffentlich vorgebracht worden. Ferner wurde gesagt, daß der Angeklagte bei seinem hohen Bildungsgrade sich der wohlthätigen Wirkung der Arbeiterschutz-Gesetze voll bewußt gewesen sein müsse. Die Revision rügte ungenügende Begründung der getroffenen Feststellungen und behauptete, es handle sich nicht um die Behauptung unwahrer Thatsachen, sondern um wissenschaftliche Urtheile. — Der Vertheidiger, Herr Rechtsanwalt Heine aus Berlin, führte diese Gedanken des näheren aus und stellte neben anderen mehr das thatsächliche Gebiet berührenden Aeußerungen die Behauptung auf, daß das Urtheil ohne Recht als notorisch hingestellt habe, daß die soziale Gesetzgebung einzig und allein dem Streben, das Loos der Arbeiter zu verbessern, entsprungen sei. Auch die Nichtübereinstimmung des Eröffnungsbeschlusses mit dem dem Urtheile zu Grunde gelegten Material wurde gerügt. — Herr Reichsanwalt Dr. Lippmann bestritt sowohl diese letztere Behauptung, als alle übrigen Ausführungen der Vertheidigung. Er wies darauf hin, daß das Reichsgericht bereits in früheren Fällen die Feststellung der verächtlich machenden Thatsachen, wie sie auch in diesem Falle geschehen sei, gebilligt habe, und beantragte deshalb die Verwerfung der Revision. — Das Reichsgericht entschied sodann in diesem Sinne.

Ein ziemlich gleichgearteter Fall kam in derselben Sitzung des dritten Strafsenats zur Verhandlung. Der Journalist Hermann Rohrlack aus Düsseldorf hielt am 13. September 1891 in einer sozialdemokratischen Versammlung in Stendal einen längeren Vortrag über die sozialdemokratischen Ziele und verglich darin die Staatseinrichtungen, wie sie sich nach dem Siege der sozialdemokratischen Partei entwickeln würden, mit den jetzigen Staatseinrichtungen. Von seinen Aeußerungen wurden die folgenden unter Anklage gestellt: „Jetzt hat man ja durch den Staatssozialismus auch Ueberschüsse, dieselben werden aber dazu verwendet, den Brudermord zu betreiben, Leute, die uns nichts gethan haben, zu morden.“ „In Zukunft werden die Urtheile, weil von Genossen gefällt, stets gerecht ausfallen.“ „Der Staat zwingt die Richter gleichsam zu parteiischen Urtheilen, sonst werden sie reglementirt.“ Diese gegen den Richterstand gerichtete Aeußerung war durch einen Zusatz gemildert, in welchem der Angeklagte sagte: „damit will ich keinen der Herren verachten“. Das Landgericht Stendal verurtheilte Herrn Rohrlack am 1. Februar auf Grund des § 131 zu 6 Monaten Gefängniß und führte im Urtheile aus: Die inkriminirten Aeußerungen haben aktuelle Staatseinrichtungen zum Gegenstande und behaupten in Beziehung auf dieselben theils erdichtete, theils gröblich entstellte Thatsachen; es ist allgemein bekannt, daß die Einkünfte des Staates nicht blos zu Kriegszwecken, sondern zur Verbesserung der Lage der Arbeiter benutzt werden, daß die Heere nicht zur Befriedigung kriegerischer Gelüste, sondern zur Vertheidigung gehalten werden. Ebenso wenig bedarf es des Beweises, daß die Behauptungen des Angeklagten geeignet sind, Staatseinrichtungen verächtlich zu machen. Der Angeklagte macht es sich zum Geschäft, über Staatseinrichtungen zu reden, der Dolus muß ihm also innegewohnt haben. — Die Revision des Angeklagten rügte im Allgemeinen falsche Gesetzesanwendung. — Der Reichsanwalt hielt zwar eine Stelle des Urtheils, wo von der „Ausübung der richterlichen Gewalt“ als von einer Staatseinrichtung die Rede ist, für bedenklich, meinte aber, daß man auf dem Wege der Interpretation dahin gelangen könne, anzunehmen, das Instanzgericht habe unter der Staatseinrichtung, die hier in Frage komme, die Handhabung der Gesetze verstanden. — Das Reichsgericht entschied seinem Antrage gemäß wie im vorigen Falle dahin, daß die Revision zu verwerfen sei.

Soziale Uebersicht.

Aus Bergedorf geht uns vom Verband der Glasarbeiter Deutschlands folgendes Schreiben zu:

„In Nr. 96 des „Vorwärts“ ist in dem Bericht aus England zum Schluß eine Mittheilung an die deutschen Glasarbeiter gerichtet, in welcher gesagt ist, die englischen Kollegen seien etwas beunruhigt, daß auf verschiedene Anfragen, die sie wegen Beschickung des diesjährigen internationalen Glasarbeiter-Kongresses an die deutschen Kollegen gestellt hätten, keinen oder nur ungenügenden Bescheid erhalten hätten. Ich muß hier erklären, daß an uns bezüglich des erwähnten Kongresses nur eine Anfrage gestellt ist, und darauf haben wir die Antwort ertheilt, daß wir für Beschickung des Kongresses Sorge tragen würden. Mit Gruß Albert Gebel.“

In Bremen dauert der Streik der Seiler und Reepschläger fort.

Wegen der neuen Arbeitsordnung haben nach einer Aachener Meldung 92 Webern einer Weberei in Haaren die Arbeit eingestellt.

In Krempe haben die Schuhmachergehilfen die Zurücknahme der Kündigung, Einführung einer Werkstattordnung und Regelung der Lohnverhältnisse durchgesetzt. Der Zuzug nach Krempe steht demnach reisenden Schuhmachern wieder frei.

Die Küfer des Bürgerlichen Brauhauses Zell-Würzburg haben die Arbeit niedergelegt, weil ihre an sich schon überaus lange Arbeitszeit noch um eine Stunde verlängert werden sollte. Nach der neuen Arbeitsordnung soll ihre Arbeitszeit schon um 4 Uhr früh beginnen, da — wie die „Unterfränkische Volks-Tribüne“ mittheilt — die Brauer auch schon zu dieser Stunde anfangen.

Aus Rom wird gemeldet, die Arbeiter an den Tiberdämmen drohten mit einem Streik, falls ihnen keine Lohnerhöhung bewilligt würde.

Situationsbericht. In Altenburg i. S.-A. sind die Schuhmacher in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Forderungen sind: Bezahlung des von den Unternehmern aufgestellten Lohntarifs in allen Werkstätten, Abschaffung jeder Sonntagsarbeit und Auszahlung des Lohnes am Sonnabend. Um Fernhaltung des Zuzuges wird ersucht. Adresse in Altenburg: E. Gabler, Ringstr. 4.

In Lauenburg a. E. haben die Maurer die Arbeit eingestellt; sie fordern einen Stundenlohn von 40 Pf. und hoffen denselben auch zu erzielen, wenn fremde Kollegen den Ort meiden.

In Friedland i. M. sollen die Maurer eine halbe Stunde länger arbeiten, als es bisher üblich war. Auch hier wird es zum Ausstand kommen, indem man nicht gewillt ist, statt drei Monate im Jahre noch länger arbeitslos zu sein. Der Lohn beträgt dort 3 M. pro Tag und wird daher kein Maurer sich verlocken lassen, den Kollegen durch Zuzug ihre Sache zu erschweren.

In Nordenham, wo die Maurer wegen Lohnforderung und Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeit einstellten, haben die Unternehmer 2½ Pf. Aufschlag pro Stunde und eine halbe Stunde weniger Arbeitszeit bewilligt. Der Streik ist dadurch beendet.

Die Generalkommission.

Quittung über die bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom 10. bis 21. April 1892 eingegangenen Gelder.

Aus Halberstadt vom Komitee für den Gewerkschaftskongreß 49,60 M. Quartalsbeitrag (1. Quartal 92) des Verbandes der Gerber und Lederzurichter 33,—.

A. Dammann, Kassirer,
Hamburg, Zollvereinsniederlage. Wilhelmstr. 13, I.

Versammlungen.

Im Allgemeinen Arbeiterinnen-Vereins sämmtlicher Berufszweige Berlins und Umgegend hielt am 12. April der Zahnarzt Herr Wolff über die Hygiene des Mundes einen interessanten Vortrag, welcher sehr beifällig aufgenommen wurde. Der Referent beantwortete dann mehrere an ihn gestellte Fragen. Es erfolgte die Abrechnung vom Vergnügen, welches einen Ueberschuß von 25 M. 30 Pf. ergeben hat. Die Generalversammlung findet am 10. Mai statt.

Die Steinsetzer Berlins und Umgegend nahmen in einer öffentlichen Versammlung am 14. April den Bericht des Vertrauensmannes entgegen. Es wurde gegen denselben kein Widerspruch erhoben. Im Anschluß hieran fand die Wahl von zwei Revisoren statt. Gewählt wurden die Kollegen Schmidt und Kreckow. Hierauf hielt Genosse Millarg einen äußerst beifällig aufgenommenen Vortrag über „die allgemeine Arbeiterbewegung und ihre Ziele“, worauf nachstehende Resolution einstimmig angenommen wurde: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten in allen Punkten einverstanden und verpflichtet sich, um die Lebenshaltung der Steinsetzer auf möglichst hohem Niveau zu halten, und dadurch deren Widerstand im Kampf gegen das Kapital zu kräftigen, in jeder Weise für die Organisation derselben einzutreten und dieselbe zu festigen, um auch ihr Theil zur Ueberführung der privatkapitalistischen Produktionsweise in den Sozialismus beizutragen.“ Dann erstattete der Delegirte der Streik-Kontrollkommission Bericht über die Situation derselben, in eingehender Weise auch den Streik der Arbeiter in der chirurgischen Branche beleuchtend. Die Versammlung entschied, auch fernerhin einen Delegirten in die Kommission zu entsenden. Gewählt wurde Kollege Arlt. Die Beiträge an die Streik-Kontrollkommission sollen aus dem neu zu gründenden Generalfonds bestritten werden und zwar soll die Hälfte der Einnahmen zu diesem Zweck dienen, während die andere Hälfte behufs Bestreitung der Kosten für Agitation 2c. zur Verfügung des Vertrauensmannes bleiben soll. Zu dem Zweck werden 10 Pf.-Sammelbons ausgegeben und war die Versammlung der Ansicht, daß auf diese Art auch die indifferenten, noch mit dem Berufsdünkel behafteten Kollegen mehr zu der Sammlung heranzuziehen seien, als dies mit den Bons der Streik-Kontrollkommission der Fall wäre. In Bezug auf die Maifeier beschloß die Versammlung einstimmig, sich der von der politischen Partei arrangirten Demonstration anzuschließen. Unter Verschiedenem wurde das Vorgehen der Leipziger Innungsmeister einer Kritik unterzogen und hervorgehoben, daß es die Pflicht der Berliner sei, die betreffenden Kollegen nöthigenfalls nach Kräften zu unterstützen. Auch die Handlungsweise eines Berliner Innungsmeisters, Schuffelhauer, wurde getadelt. Dieser forderte die Gesellen auf, da ihm eine Leistung von 39 Quadratmeter pro Tag und Geselle nicht genügte, die Steine so zu setzen, „daß jeder einzelne Stein einen halben Meter deckt!“ Als die Arbeit fertig „geknallt“ war, entließ er die Gesellen mit den Worten: „Wenn Sie keine Arbeit finden, so gehen Sie doch Kartoffeln hacken!“ Nach einem eindringlichen Appell an die Anwesenden, dahin zu wirken, daß in Zukunft Derartigem entgegengetreten werden kann, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Verband der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter Deutschlands (Filiale 2, Nord). In der Versammlung am 11. April erstattete der Kassirer Eggerts den Kassenbericht vom letzten Quartal. Es wurde ihm hierfür Decharge ertheilt. Nach diesem berichtet der Schriftführer der Arbeitsnachweis-Kommission über die eingelaufenen und ausgegebenen Arbeiten. Nachdem der Verbands-Delegirte Joh. Wolf über den Gewerkschaftskongreß berichtet und insbesondere mitgetheilt hatte, daß die von den Arbeitern der Holzindustrie gestellte Resolution mit großer Majorität angenommen worden ist, ferner für die am 17. und 18. April stattfindende Generalversammlung verschiedene Statuten-Veränderungsanträge einstimmig angenommen waren, wählte man den Kollegen Alb. Fischer zum Delegirten für dieselbe und nahm dann die Vorstandswahl vor, welche folgendes Resultat hatte: Albert Fischer, 1., W. Wendt, 2. Vorsitzender, R. Eggerts, 1., J. Jost, 2. Kassirer, G. Franz, 1., H. Bitow, 2. Schriftführer. Revisoren R. Wolf, Pohl und Birkholz; in den Arbeitsnachweis wurden gewählt: Pump, R. Pohl, Eggerts II., Ritter, Kurzner und Wegner. Um den Kollegen bei Unglücksfällen mehr Schutz zu bieten, wurden die Kollegen Wendt und Pump zur Rechtsschutz-Kommission gewählt. Die nächste Versammlung findet am 17. Mai statt. Pflicht jedes Kollegen ist es, in derselben zu erscheinen.

Die freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker hielt am 12. April eine außerordentliche Versammlung ab, welche sehr gut besucht war. Als erster Punkt der Tagesordnung war die Frage aufgestellt: „Wie regeln wir unseren Arbeitsnachweis?“ Hierzu führte der Vorsitzende Schonert aus: Der seinerzeit angenommene Antrag des Kollegen W. habe dem Verein nicht zum Vortheil gereicht. Dieser Antrag besagt: „Sämmtliche Bestellungen, aus dem Rahmen der Parteigenossen von Berlin 2c. herstammend, mögen als Vereinsgeschäfte betrachtet werden und soll daher jedes Mitglied, welches einen derartigen Auftrag zur Ausführung übernommen hat, verpflichtet sein, denselben unserer Geschäftskommission zur Vertheilung zu übergeben; damit nicht, wie bisher oftmals an Mitgliedern ergangene Bestellungen von diesen als Privatgeschäfte betrachtet und nach eigenem Gutdünken nur durch Bekannte und Freunde der betreffenden Annehmer besetzt werden“. Nach diesem Antrag sei es schwer möglich, eine durchweg gute Musik zu stellen, da er wolle, daß zu allen Musikgeschäften, gleichviel ob dieselben in Konzert- oder Tanzmusik bestehen, die mitwirkenden Kollegen der Reihe nach, ohne daß Rücksicht auf ihre Leistungsfähigkeit genommen wird, von der Geschäftskommission bestellt werden sollen. Daß es da oft der Zufall füge, daß auf einer Stelle nur schwächere, auf der anderen durchweg vorzügliche Kräfte spielen, sei selbstverständlich, und nur zu begreiflich wäre es daher, daß sich Musikauftraggeber aus der Arbeiterschaft wiederholt über schlechte Musik beim Vereinsvorstand beschwert hätten. Diese Beschwerden hätten in letzter Zeit in bedenklicher Weise zugenommen. Das habe man aber nur der Annahme des Antrags W. zu verdanken und es erscheine deshalb dringend geboten, diesen Beschluß rückgängig zu machen, zumal der Antrag auch sehr einseitig sei; denn während er verlange, daß alle Musikgeschäfte „aus dem Rahmen der Berliner Arbeiterschaft“ durch die Geschäftskommission erledigt werden sollen, lasse er es den Annehmern von Musikgeschäften anderer Art vollständig frei, sich die Kräfte nach eigenem Willen und Gutdünken zu besorgen. Das heiße aber so viel als mit dem Kapitalismus gehen; denn: während durch den Antrag der Arbeiter mit schlechter Musik vorlieb nehmen soll, gestatte er es stillschweigend, daß ein Bourgeois oder Anhänger einer anderen Partei mit guter Musik versorgt würde. Das aber sei verkehrt. Da der Arbeiter dem Musiker für seine Arbeit ebenso viel, vielleicht noch mehr als der Bourgeois bezahlt, so könne er auch gute Musik verlangen. In der Diskussion erklärt zunächst Kollege Jahnke unter großem Tumult den Antragsteller W. für einen Musikpfuscher und beantragt den Ausschluß desselben. Kollege W., der es sich nicht versagen konnte, als „Unabhängiger“ zu paradiren, ersuchte um Aufrechterhaltung des Antrages. Ihm schloß sich Kollege Graß an, auf die Abhaltung von Proben hinweisend, wodurch die schwächeren Kräfte leistungsfähiger würden. Hiernach wurde Antrag W. mit 62 gegen 26 Stimmen für ungiltig erklärt, und damit traten alle früheren Beschlüsse wieder in Kraft. Hierauf kam die Musikangelegenheit betr. der „Neuen Welt“ (Hasenhaide) zur Sprache. Dirigent A. Holz, welcher erschienen war, gab die Erklärung ab, daß er dies Jahr „nur“ 2 Beamte beschäftige, und „viele“ seiner Orchester-Mitglieder der Freien Vereinigung noch beitreten würden, er selbst könne sich zum Beitritt noch nicht erklären, da er erst deren Statuten lesen müsse, um sich zu vergewissern, ob nichts darin sei, was er nicht unterschreiben könne. Auf Vorschlag wurde ihm eine Frist von 1 Stunde gewährt, während welcher er das Statut lesen und dann seine Erklärung abgeben solle. Herr Holz war damit einverstanden. Hierauf erstattete Kollege Loppe Bericht über die Abrechnung von den Matinees. Die erste Matinee ergab: Einnahme 317,75 M., Ausgaben 215,75 M., Ueberschuß 102 M. Die Abrechnung der zweiten Matinee ist nicht definitiv. Nunmehr erklärte sich Dirigent Holz zum Beitritt bereit, nahm aber sofort sein Wort zurück, als ihm der Vorsitzende vorhielt, daß er dann laut Statut nur Mitglieder der Freien Vereinigung beschäftigen dürfe. Nach längerer Debatte wurde dann mit großer Majorität nachfolgende, vom Kollegen Schonert gestellte Resolution angenommen:

„Die Versammlung kann sich mit den Ausführungen des Herrn Holz nicht einverstanden erklären; sie beschließt, Herrn Holz zu beauftragen, nur Mitglieder der Freien Vereinigung zu beschäftigen, widrigenfalls gegen ihn und die „Neue Welt“ ganz entschieden Stellung genommen werden wird.“

Der Fachverein der Gasanstaltsarbeiter hielt am 13., 14. und 15. April mehrere Versammlungen ab, in welchen der Werth und die Wichtigkeit einer Organisation der Gasanstaltsarbeiter und Berufsgenossen dargelegt wurde. In der Versammlung in der Cöslinerstraße versuchten mehrere, wohl zu diesem Zweck eigens in die Versammlung gekommene Arbeiter, den Beweis zu liefern, daß es für die Gasanstaltsarbeiter noch zu früh sei, sich zu organisiren. Es wurde ihnen aber das Verkehrte dieser Behauptung klar gemacht und die Versammlung ersucht, sich nicht irreführen zu lassen, sondern Mann für Mann für ihre Interessen politisch und gewerkschaftlich einzutreten. In den drei Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, welche den von der Berliner Streik-Kontrollkommission im Herbst 1890 über das Geschäft des Schlächtermeisters Sagert, Zentral-Markthalle, Verkaufsstand Nr. 10, verhängten Boykott aufrecht erhält. Nachdem die Versammelten aufgefordert worden waren, nur solchen Kellnern Trinkgelder zu verabfolgen, welche dem Verein der Berliner Gastwirthsgehilfen angehören und sich durch das Erkennungszeichen (vom 1. April bis 1. Juli blaue Karten) legitimiren können, wurde zum Abonnement auf den „Vorwärts Berliner Volksblatt“ aufgefordert, da nur dies Blatt die Interessen der Arbeiter voll und ganz vertrete, alle anderen Blätter aber mehr oder weniger Bourgeoisblätter seien. Mit einem Hoch auf das Gedeihen und Blühen des Fachvereins der Gasanstaltsarbeiter ging man auseinander.

Eine Stockarbeiter-Versammlung tagte am 19. April, um gemäß dem in einer Drechslerversammlung gefaßten Beschlusse Stellung zu nehmen zur Wiedereinführung der zehnstündigen Arbeitszeit in den Stockfabriken. Die von der Fabrikantenvereinigung dieser Branche ausgearbeitete neue Werkstättenordnung enthält eine Bestimmung, welche die vor zwei Jahren durch Streik errungene neunstündige Arbeitszeit abschafft und eine zehnstündige vorsieht. In der Diskussion wurden, wie schon in der letzten öffentlichen Versammlung, wiederum die Zustände in den Stockfabriken, vornehmlich die in der Römmertschen Fabrik, scharf verurtheilt. Von Herrn Römmert wurde angeführt, daß er seinen Arbeitern das Lesen des „Vorwärts“ verboten habe, nachdem im Bericht des letzteren über die letzte öffentliche Drechslerversammlung die von einigen Kollegen gegen sein Geschäft geübte Kritik wiedergegeben war. Allgemein wurde die Ansicht vertreten, daß zur Zeit durch einen Streik u. s. w. gegen die Fabrikanten nichts erreicht werden könne. Nie seien soviel Arbeitslose in der Stockbranche vorhanden gewesen, als gerade jetzt. Um das Verlorene zurück zu erobern, empfahl man die Anbahnung einer straffen Organisation der Stockarbeiter. Leider trat während der Verhandlungen der begraben geglaubte Streit zwischen Stock- und Holzdrechslern wieder zu Tage. Beschlossen wurde, das Bureau zu beauftragen, sich mit dem Ausschuß der Streik-Kontrollkommission ins Einvernehmen zu setzen, zwecks Schaffung von Klarheit über die Ausdehnung der Wiedereinführung der zehnstündigen Arbeitszeit und zwecks eventueller Herbeiführung von Verhandlungen mit den Fabrikanten; vielleicht könne dadurch die Aufrechterhaltung des Neunstundentages erzielt werden. Weiter nahm die Versammlung eine Resolution an, in welcher gewünscht wird, daß das Vorgehen der Unternehmer, die zehnstündige Arbeitszeit wieder einzuführen, agitatorisch ausgenutzt werde, um eine kräftige Organisation zu schaffen. Man erkenne in einer mächtigen Organisation das Mittel, die Angriffe der Unternehmer unter günstigeren Verhältnissen zurückzuweisen. Als beste Organisation betrachte die Versammlung die lokale und beschließe deshalb, eine Kommission mit den Vorarbeiten der Gründung einer solchen Vereinigung zu beauftragen. Hierzu wählte man die Herren Rasehorn, Proß, Lange und Pawlowski.

Im Fachverein der Uhrmacher 2c. hielt Hr. Dr. Zadek unter reichem Beifall einen Vortrag über „Infektionskrankheiten“. Sodann wurde beschlossen, an der Maifeier gemeinsam in Adlershof theilzunehmen, die Abfahrt erfolgt 1.15 Uhr vom Bahnhof Alexanderplatz. Ueber die Maßregelung der bei der Firma Jonaß u. Cie., Melchiorstr. 10, beschäftigt gewesenen Kollegen berichtete alsdann Kollege Räther. Bei dieser Firma arbeiteten 8 Uhrmacher, sämmtlich Vereinsmitglieder, wovon der Eine (der Werkführer) in der letzten Versammlung zum Vereinsvorsitzenden gewählt worden war. Irgend ein guter Freund des letzteren nun hat in einem Brief an den Inhaber der Firma die Thätigkeit dieses Kollegen, sowie des Vereins überhaupt bis ins kleinste Detail geschildert, zum Schluß sich selbst als Werkführer empfehlend. Auf Grund dieses, wie der Veröffentlichung des

Versammlungsberichtes ist dem Kollegen die Stellung gekündigt worden, da die Firma „einen Werkführer, der Vorsitzender in einem sozialdemokratischen Verein ist“, nicht brauchen könne, während an die übrigen Kollegen das Verlangen gestellt wurde, auszuscheiden. Drei sind dem nachgekommen, während vier Kollegen infolge ihrer Weigerung, zu unterschreiben, gleichfalls gekündigt worden sind. An Gegenmaßregeln sei, bemerkt der Redner, wegen der großen Arbeitslosigkeit und des noch viel größeren Indifferentismus der Kollegen leider gar nicht zu denken. Auf ein in drei Zeitungen erlassenes Inserat sei die genannte Firma von Arbeitskräften fast gestürmt worden. Um so nothwendiger sei daher ein fester Zusammenschluß der Kollegen in der Organisation, damit dem gerade unter den Uhrmachern noch in so überaus reichem Maße vorhandenen Indifferentismus gesteuert werden könne. In der Diskussion unterzogen alle Redner das Vorgehen jener Firma einer scharfen Kritik; speziell wurde betont, daß Herr Fränkel als Inhaber eines Uhren-Abzahlungsgeschäftes doch zum größten Theile von den Arbeitern lebe. Dem Vorstand wurde sodann überlassen, alles Weitere in dieser Sache zu beschließen. Die nächste Versammlung findet am 30. April statt.

Eine öffentliche Versammlung der im Vergoldergewerk beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen berieth am 19. April die Stellungnahme zum 1. Mai. Herr Möhring schlug vor, die Kollegen sollten sich in ihren Wahlkreisen der Feier der Partei anschließen. Der Vorschlag wurde von der Versammlung angenommen. Herr Möhring referirte dann über den Streik bei der Firma R. Schmidt, Braun u. Ko. Es befinden sich, nachdem in den ersten Tagen nach Niederlegung der Arbeit ein Streikender dieselbe wieder aufgenommen hat, noch fünf Arbeiter im Ausstand. Dieselben haben neue Arbeit noch nicht gefunden. Bei der genannten Firma sind vor 8 Tagen zwei Arbeiter eingetreten, die zu den herabgesetzten Preisen arbeiten. Nach kurzer Diskussion über diesen Gegenstand, an der die Herren Richter, Höpfner, Gerndt, Möhring, Otto und Narry Theil nahmen, wurde zum nächsten Punkt der Tagesordnung übergegangen und zu Revisoren der Rechnung der Agitations-Kommission Herr Behrmann, Herr Nolte und Frau Müller gewählt. Zu Verschiedenem bemerkte dann Herr Gerndt zu dem Berichte über die vorige Vergolder-Versammlung, wie er in Nr. 90 des „Vorwärts“ entfallen ist, er habe zu dem Vorwurf, der ihm von einer Seite daraus gemacht wurde, daß die Agitationskommission seit dem 9. Januar keine Versammlung einberufen hatte, keine „Entschuldigung“ sondern eine „Erklärung“ (s. „Vorwärts“ Nr. 90) abgegeben. Der weitere Satz in jenem Berichte: „Da Herr Gerndt erklärte, erst abrechnen zu wollen . . .“ u. s. w., habe bei einigen Kollegen die irrige Meinung hervorgerufen, als ob er die Abrechnung verzögert hätte; er stelle fest, daß davon nicht die Rede sein könne. Herr Höpfner legte anläßlich gewisser Drohungen des Herrn Fries der Versammlung die Frage vor, ob sie der Meinung sei, daß der Verbandsvorstand in seiner bezüglichen Veröffentlichung zu weit gegangen sei, und bat um die Adresse des Kollegen Neu. Herr Möhring meinte diesbezüglich, der Hauptvorstand habe zu voreilig gehandelt; im Allgemeinen schien jedoch die Versammlung das Vorgehen des Hauptvorstandes zu billigen.

Britz. Zum Versammlungsbericht des Volksbildungsvereins von Britz („Vorwärts“ vom 23. April) ist nachzutragen, daß dem Vertrauensmann 75 M. aus der Vereinskasse überwiesen worden sind.

Kranken- und Sterbe-Unterstützungskasse der Berliner Hausdiener. Kassenlokal Neue Friedrichstr. 44, bei Röllig. Sitzung jeden Mittwoch Abend um 8½ Uhr.

Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer Berlins und Umgegend. Ordentliche Generalversammlung heute Abend 8 Uhr, in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 77—79. Tagesordnung: Die Zustände in unserem Gewerbe in Bezug auf die wirthschaftlichen Verhältnisse.

Zitherklub „Alpenveilchen“. Jüdenstr. 65, Abends 8½ Uhr, Uebungsstunde. Aufnahme neuer Mitglieder.

Rixdorf, Verein „Vorwärts“. Mitgliederversammlung heute bei Hoffmann, Bergstr. 133.

Arbeiter-Bildungsschule. Heute bei Norbert, Beuthstraße 22, Fortsetzung der Vorträge des Herrn Bölsche über: Die Entwickelung der Wissenschaften.

Verein ehemaliger Schüler der 99. Gemeinde-Schule. Heute Abend 9½ Uhr: Sitzung, in Schröder's Saal, Siegfriedstr. 18.

Fachverein der Gasanstaltsarbeiter und Berufsgenossen Berlins und Umgegend. Mittwoch, den 27. April, Abends 8 Uhr: General-Versammlung bei Seefeld, Grenadierstr. 33. Vierteljahres-Bericht.

Alle Abänderungen, welche den Arbeiter-Sängerbund oder den Bund der geselligen Arbeitervereine betreffen, sind nur an die Vorstände derselben zu richten.

Lese- und Diskutirklubs. Mittwoch. Vereinte Kraft, Abends 8½ Uhr, bei Klein, Schönleinstraße 6. — Johann Jacoby, bei Otto Thierbach, Schwedterstr. 44. — Heine, jeden Mittwoch vor dem 1. und 15. jeden Monats, Abends 8½ Uhr, bei Zechlin, Hornstr. 9. — Gesundbrunnen, Abends 8½ Uhr, bei Haferland, Bellermannstr. 87. — Gleichheit, Abends 8½ Uhr bei Schönemann, Skalitzerstr. 7. — Emanzipation, Abends 8½ Uhr, bei Wagner, Alte Schützenstr. 6. — Heine, Rixdorf, Abends 8½ Uhr, bei Beiler, Knesebeck- und Herrmannstraßen-Ecke.

Arbeiter-Sänger-Bund Berlins und Umgegend. **Mittwoch.** Uebungsstunde Abends 9 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. — Liedesfreiheit, Blumenstraße 28, bei Henke. — Freya, (Gem. Chor), Alte Schönhauserstraße 22—23, Böhow's Brauerei. — Hilaritas, Hochstraße 32a, bei Wilke. — Deutsche Eiche, Blumenstraße 46, bei Wenk. — Echo 1 Pankow, Schulzestr. 27. — Lerche, Bernauerstr. 72, Restaurant zum „Zeitgeist“. — Gesangverein der Steinmetzen, Johannisstr. 20, bei Müller. Männer-Gesangverein der Kürschner, D. B. D. Br. Berlin, Neue Friedrichstraße 44, bei Röllig. — Südost 2, Cuvrystr. 48, bei Seidler. — Steinnelke, Köslinerstr. 17, bei Wendt. — Lyra 1, Naupachstr. 6, bei Stachel. — Euphonia Annenstr. 16, bei Kessner. — Hand in Hand 1, Mariannenstr. 31—32, bei Oberstein. — Schneeglöckchen 1, Kottbuser Damm 39, bei Jacob. — Schneeglöckchen 2, Potsdam, Brandenburger Kommunikation 16, bei Glaser. — Unverdrossen, Abends 8½ Uhr, bei Sachs, Lindowerstr. 26. — Flöter'scher Gesangverein, Landsbergerstr. 31, bei Muschold. — Rütli, Friedenau im Kurhaus. — Vorwärts 5, Friedrichshagen, Rundtheil, bei Lerche. — Freundestreue (Gemischter Chor), Grenadierstr. 33, bei Seefeldt. — Lorbeerkranz, Barnimstr. 16, bei Heinderf. — Südost 1, Köpnickerstr. 181, Restaurant. — Hoffnung 1, Friedrichsberg, Friedrich Karlstraße 34, bei Schulze. — Rothe Nelke, Schöneberg, Golßstr. 43, bei Siegeler. — Echo 3, in Zehlendorf, Stimde in Friedenau (Kurhaus). — Brandenburger Männer-Gesangverein in Brandenburg, Mengert's Volksgarten. — Mannesmuth, Mauerstraße 3, bei Ramm. — „Brüderschaft“ (Hausdiener) Fischerstr. 41. — „Concordia“, Gitschinerstr. 92, bei A. Noyl. — Arbeiter-Gesangverein „Britz“, Britz, Werderstraße bei Schöneberg.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Mittwoch: Verein Fridolin, bei Wolff, Brunnenstr. 354. — Theater- und Vergnügungsverein Vulkania, bei Jäger, Gartenstraße 27/28. — Rauchklub Hellblau, Alte Jakobstr. 18/19, Restaurant A. Seetz. — Rauchklub Kreuzfidel, bei Gumlich, Reichenbergerstraße 149. — Geselliger Verein Waldesgrün, bei Nebelin, Langestr. 108. — Theater- und Vergnügungsverein Durch Nacht zum Licht, bei Zubeil, Naunynstr. 66. — Humoristischer Verein Pipifax, bei Möhring, Admiralstraße Nr. 16c.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Mittwoch. Gesangverein Knospe, Abends 9 Uhr, im Restaurant Wahlstatt, Belle-Alliancestraße. — Musikverein Vorwärts, Abends 8½ bis 10½ Uhr, Große Frankfurterstraße 99, 1 Tr. — Männer-Gesangverein Waldkapelle 2, Abends 9 Uhr, Restaurant Kayser, Skalitzerstr. 22. — Arbeiter-Gesangverein Britz, Abends 9 Uhr, im Restaurant Schöneberg, Chausseestraße.

Turnverein Hoffnung, Abends 9 Uhr, im Restaurant Schröder, Manteuffelstr. 9. — Kraftturnverein Jugendkraft, jeden Mittwoch und Sonnabend 9—11 Uhr Abends bei Lade, Zeughofstr. 8. — Turnverein Gesundbrunnen. Die 2. Männer-Abtheilung turnt heute von 8½—10½ Uhr Abends in der Turnhalle, Freienwalderstraße 23. — Kraftturnverein Berolina, Abends 9 Uhr Uebungsstunde bei Faustmann, Reichenbergerstr. 75a.

Theater- und Vergnügungs-Verein Humanitas Abends 9½ Uhr bei Reeck, Lothringerstr. 94. — Theaterverein Vulkania Abends 9 Uhr bei Jäger, Gartenstr. 13/14.

Geselliger Vergnügungsverein Regia, Abends 9 Uhr, im Restaurant Sommer, Grünstraße 21. — Humoristischer Verein Arminia, Dresdener Garten, Dresdenerstraße 45. — Kreuzfidel, bei Gumlich, Reichenbergerstraße 149. — Fidele Brüder, bei H. Mrose, Lachmannstr. 5. — Pollack-Klub Lustige Brüder, Abends 8½ bis 10½ Uhr, Restaurant Liewald, Manteuffelstr. 46.

Rauchklub Roochloch, Abends 9 Uhr, bei Kierstein, Admiralstr. 33. — Rauchklub Lassalle, Abends, bei Lock, Friedrichsbergerstr. 11. — Rauchklub Rothe Nelke, bei Steuer, Weinstr. 22. — Humoristischer Rauchklub, Abends 9 Uhr, bei A. Riemann, Görlitzerstr. 42. — Rauchklub Sanssouci, Boeckhstraße 51. — Rauchklub Vorwärts Südost, bei Vogel, Sorauerstraße 13. — Rauchklub Eiserne Pfeife, Abends 9 Uhr, bei Hoffmann, Triftstr. 1. — Rauchklub Ohne Zwang, Abends 9 Uhr, bei Späth, Weinstr. 28. — Rauchklub Grüne Quaste, Abends 9 Uhr, bei Schlüter, Kleine Markusstr. 10. — Rauchklub Vulkan, Abends 9 Uhr bei Ahmer, Gräfestr. 62. — Rauchklub „Goldene Quaste“, Abends 9 Uhr bei Pruß, Josystr. 8.

Skatklub Treff, Abends 8½ Uhr, bei Otto Zabel, Frankfurter Allee 90. — Skatklub Buschelgrün, Abends 8 Uhr, Reichenberger- und Manteuffelstraßen-Ecke, bei Fürstenau.

Bühnenverband Othello, Abends 9 Uhr, Restaurant Lothringerstraße 101. — Theaterverein Vulkania, heute Abend Sitzung in Jäger's Gesellschaftshaus, Gartenstr. 13—14.

Literarisches.

Die soeben erschienene Nr. 17 der **Sozialpolitischen Centralblatts** hat folgenden Inhalt: Eine moderne Arbeiter-Produktivgenossenschaft. Von Prof. Dr. Heinrich Herkner. — Der französische Senat und die Beschränkung der Arbeitszeit. Von Leo Frankel. — Die Konferenz der eingeschriebenen Hilfskassen. — Ferner eine große Zahl von Notizen unter anderem: Schweizerischer Gewerkschaftskongreß. — Die schweizerische Reservekasse. — Möglichkeit des Maximalarbeitstags in der deutschen Industrie. — Krankenversicherung der Dienstboten in London. Litteratur.

Vermischtes.

Der Mecklenburger Karl Brandt alias „Iwanow“ aus Rostock ist, wie der „Voss. Ztg.“ aus Neapel berichtet wird, zufolge der Anweisung des Ministers des Innern aus Italien ausgewiesen und am 25. April Abends unter polizeilicher Begleitung nach der Schweiz befördert worden. — Mit den „anarchistischen Umtrieben“ des Genannten hat es also gehapert, und damit die Polizei nicht offiziell blamirt wird, so weist man ihn einfach aus.

Wegen Erschleichung der Altersrente verurtheilte das Landgericht Stade einen Bewerber zu 6 Monaten Gefängniß. Derselbe hatte die Schlußziffer des Geburts- und Taufzeugnisses gefälscht und dadurch das Geburtsjahr 1822 in 1821 umgewandelt. Strafmildernd war das hohe Alter und der bisherige unbescholtene Lebenswandel des Bewerbers, sonst würde noch eine härtere Bestrafung eingetreten sein. Da hin und wieder noch versucht wird, die Altersrente zu erlangen, ohne daß die Betreffenden ein gesetzlich begründetes Anrecht darauf haben, so bitten wir die Leser des „Vorwärts“, vorkommenden Falls auf die nachtheiligen Folgen einer solchen Handlungsweise aufmerksam zu machen.

Bei Ausführung einer Brunnenanlage wurden in Schweidnitz am Montag ein Monteur und ein Maurer verschüttet. Nach zwölf- respektive achtzehnstündiger schwieriger Rettungsarbeit wurden die Verunglückten lebend zu Tage gefördert.

Die Sammlungen, welche man in Stuttgart für ein Denkmal des verstorbenen Königs Karl veranstaltete, haben nur 15 000 M. ergeben, ein Betrag, der — wie ein Stuttgarter Korrespondenzbureau schreibt — „hinter den schlimmsten Befürchtungen zurückbleibe“. — Auch die Liebe der reichen Schwaben für das „angestammte Herrscherhaus“ hat beim Geldbeutel ihr Ende.

Auch eine Reklame! M. Dutkiewicz, Uhrmacher und Elektromechaniker in Inowrazlaw, Kl. Friedrichstr. 5, empfiehlt „Gegen Anarchisten-Ueberfälle“ elektrische Thür- und Fenster-Kontakte, elektrische Alarmglocken, unterirdische Kabels 2c.

Die große Kabliaufischerei bei den Lofoten ist als beendet zu betrachten, wenn auch noch einige hundert Fischerboote den Fang fortsetzen. Der Kabliau stand in ungeheurer Menge auf den Banken und in den Fjorden, jedoch war der Ertrag der Fischerei wegen der andauernden stürmischen Witterung nur mittelmäßig. Immerhin wurden nicht weniger als 16 200 000 Stück Kabliau gefangen, wovon 8 500 000 Stück zu Stockfisch bereitet werden.

Einen Schlaftrunk gab in Soignies (Belgien) ein 25jähriges Mädchen seinen 7 und 10 Jahre alten Brüdern ein, damit sie die Ruhe der kranken Mutter nicht stören sollten. Die Kinder starben an dem Trank.

Räuber haben den französischen Vizekonsul in Diarbekir auf der Reise nach seinem Amtssitz zwischen Alexandrette und Aleppo angegriffen. Ein ihn begleitender Zaptieh wurde verwundet. Der französische Botschafter in Konstantinopel hat der Pforte davon sofort Anzeige gemacht.

Fürstin Montesarchio in Neapel soll einem Gerücht zufolge vergiftet worden sein. Der Beweggrund der Verbrechens, meint man, liege darin, daß sie ihr neun Millionen betragendes Vermögen für den Fall, daß sie früher stürbe, als ihr Mann, diesem vermacht hatte. Die Aerzte versichern jedoch, daß eine Blutvergiftung vorliege. Der Staatsanwalt hat die Besichtigung der Leiche anbefohlen.

Die Cholera wüthet in Benares (Britisch Indien) in allerschlimmster Form. Von 180 Cholerakranken sind bis zum 23. April 130 gestorben.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Karlsruhe, 26. April. Die Veranstaltung öffentlicher Aufzüge und Festlichkeiten zur Feier des 1. Mai ist für das Großherzogthum Baden verboten worden.

London, 26. April. Einer Meldung des „Standard“ aus Kalkutta zufolge ist zwischen England und China ein Abkommen bezüglich des Gebietes von Hunza zu Stande gekommen, welches seit 100 Jahren an China tributpflichtig gewesen ist.

London, 26. April. Der „Standard“ meldet aus Sansibar von gestern: Aus Uganda eingelaufene ausführlichere Nachrichten besagen, daß die Protestanten, welche eine große Menge Snidergewehre empfangen hatten, die Katholiken angriffen, von diesen jedoch zurückgeworfen und gezwungen wurden, sich in ihre Verschanzung zurückzuziehen. Kapitän Lugard eilte darauf den Protestanten mit Maximgeschützen zu Hilfe und zersprengte die Katholiken nach erbittertem Kampfe, welcher viele Verluste forderte. Ashe Winton wurde getödtet. Bischof Heoth entging der Gefangenschaft und behauptet, daß viele Katholiken als Sklaven verkauft worden seien. Die Katholiken und Muhamedaner lagern vor der Verschanzung. Der Widerstand Lugard's und seine Dauer hängt von seinem Vorrathe an Munition ab.

Rom, 26. April. Im Laufe der vergangenen Nacht wurden hier und in anderen hervorragenden Städten Italiens die Führer der Anarchisten verhaftet.

Konstantinopel, 26. April. (Meldung der „Agence de Konstantinople“.) Die türkische Regierung brachte in Erfahrung, daß gewisse armenische Komitees die Herstellung von Dynamitbomben beabsichtigten, um einige öffentliche Gebäude in die Luft zu sprengen. Da die Anschläge von Rustschuk ausgehen sollten, habe sich die Pforte an die bulgarische Regierung gewandt, deren zuvorkommende eingehende Nachforschungen die Entdeckung des Materials und die Verhaftung der Beschuldigten herbeigeführt hätten. Der Pforte seien auch Photographien der Verhafteten übersandt worden. Die Pforte habe sich über den Eifer der bulgarischen Regierung sehr befriedigt ausgesprochen.

Newcastle, 26. April. Der Ausstand der bei den Schiffswerften am Tynefluße beschäftigten Arbeiter und Angestellten ist beendet. Die Arbeiter haben die Bedingungen der Unternehmer angenommen. Der durch den 13wöchigen Ausstand verursachte Schaden wird auf eine halbe Million Pfund geschätzt.

(Depeschen des Bureau Herold.)

Kopenhagen, 26. April. Alle Hafenarbeiter, welche gestern Vormittag nicht die Bedingungen der Importeure unterzeichnen wollten, sind entlassen worden. Die Arbeit im Hafen ruht deshalb fast überall, und nur die Schiffsmannschaften sind mit dem Löschen beschäftigt.

Luxemburg, 26. April. Der Staatsrath hat ein Gutachten über die neue Gesetzesvorlage betreffs Herabsetzung des Wahlzensus erlassen. Die Körperschaft schlägt vor, den Wahlzensus von 24 Frks. auf 16 Frks. zu ermäßigen, was die bisherige Anzahl der Wähler von 6600 auf 10 900 erhöht.

Paris, 26. April. Der bei dem gestrigen Dynamitattentat schwer verwundete Restaurateur Very ist infolge der Amputation des linken Beines gestorben.

Briefkasten der Redaktion.

Eine Genossin. Nur nicht so hitzig! Ludwig II. hat sich das Leben genommen, weil er eingesperrt wurde; und eingesperrt wurde er, weil er die B.'sche Politik durchkreuzte. So lange er derselben dienstbar war, ließ man ihn in Freiheit, obgleich er schon vor 1870 ebenso geisteskrank war, wie zur Zeit, da man ihn nach Starnberg brachte.

Berichtigung. In gestriger Nummer ist unter „Soziale Uebersicht“ in der mit den Worten „Der Polizeipräsident von Berlin“ beginnenden Notiz in der dritten Zeile vor „wird“ das Wort: „aufgenommen“ durch ein Versehen weggeblieben. Im Bericht über die Friedrichshagener Versammlung ist 3. Seite der Beilage, Spalte 3, Zeile 8 von unten statt „unerhört“ zu lesen „unerledigt“ und auf der 4. Seite, Spalte 1, Zeile 9 von oben hat vor „Woltersdorf“ das Wort „Restaurant“ auszufallen.

G. T. Nördlingen. Eine Vergrößerung des Gedenkblattes wird nicht geplant; wir können Ihnen daher leider nicht dienen.

H. H. Das würde Ihren Eltern nichts nützen, wenn sie ihr Möblement dadurch der Pfändung entziehen zu können glauben, daß sie Ihnen die Sachen verschreiben.

W. Tell 100. 1. Wenn Sie vor 1¼ Jahren aus der Orts-Krankenkasse austreten, müssen Sie beim Wiedereintritt das statutenmäßige Eintrittsgeld zahlen. 2. Kassandra ist eine Bezeichnung für Unglückspropheten, und rührt von der sagenhaften Tochter des trojanischen Königs Priamus, Kassandra, her, der die Gabe der Prophezeiung verliehen war, zugleich mit mit dem Fluche, keinen Glauben zu finden.

A. B. Der Gerichtsvollzieher darf Gegenstände, die Sie für Rechnung eines Meisters anfertigen, nicht pfänden. Geschieht dieses, da der Gerichtsvollzieher den Sachen, die sich in Ihrer Wohnung befinden, nicht ansehen kann, daß sie Ihnen nicht gehören, so muß der Eigenthümer der gepfändeten Sachen Einsprache gegen die Pfändung erheben.

F. B. Die Freiheit, auf den Straßen und Plätzen sich zu unterhalten, ist nur der Einschränkung unterworfen, daß der Verkehr nicht gehemmt wird. Wann aber eine Verkehrshemmung vorliegt, das ermißt die Polizei in jedem Falle. Die 5 Schuhmacher, welche am 2. Osterfeiertage auf dem Straßendamm standen, weil sie noch mehrere Kollegen treffen wollten, wurden auf dem Trottoir aufgefordert, weiter zu gehen, das Gleiche geschah, als sie auf den Straßendamm traten, und als sie nun auf dem Alexanderplatz sich unterhalten zu können glaubten, wurden zwei polizeilich sistirt. Gewiß haben sie einen so furchtbaren Eindruck gemacht, daß das Schlimmste zu befürchten war.

J. G. 20. Sie brauchen nur die Geburtsscheine; da Sie erst 23 Jahre alt sind, müssen Sie auch noch die Einwilligungsbescheinigung Ihrer Eltern beibringen.

E. R. Es ist gleichgiltig, ob die Kündigung Vormittags oder Nachmittags erfolgt.

Empfehle meine Lokalitäten für Vereine, Versammlungen und Festlichkeiten.
Reichsgarten,
2686b **Pichelsberge.**

Saal, neu eingerichtet,
80—100 Personen fassend, ist noch jeden Tag in der Woche, auch Sonntags frei. Wegen günstiger Verbindung nach allen Stadtgegenden passend für Versammlungen. 2687b
Stachel's Planina-Grotte,
Naupachstraße 6.

Freunden und Genossen empfehle mein reichsortirtes **Zigarren-Lager.** Rippentabak mit Weichsel 30 Pf. [2690b
H. Ollmann, Gerichtsstr. 19.

Zur Maifeier künstliche Blumen, Händler hohen Rabatt, bei Schellpapen, Demminerstr. 65, H. 1 Tr. 2691b

Elegante Herren-Anzüge, sowie **Damenkleider nur nach Maass, billigst, auch gegen Theilzahlung.**
Oranienstr. 126, I.

Flaschen und Kruken
mit und ohne Patent-Verschluß liefert
Carl Erdmann, Berlin S., Annenstr. 17/18.
Man fordere Preislisten. 492M

Das weltbekannte
Bettfedernfabrik-
Lager von **Gustav Lustig,** Berlin, Prinzenstr. 43, versendet gegen Nachn. (nicht unter **10 M.**) **garantirt neue vorzüglich füllende Bettfedern,** Pfund 55 Pf., **Halbdaunen,** das Pfd. 1,25 M., h. weiße Halbdaunen, das Pfd. 1,75 M., **vorzügliche Daunen,** das Pfd. 2,75 M. **Von diesen Daunen genügen 3 Pfd zum grössten Oberbett.** 2258L
Verpackung wird nicht berechnet.

Neu eröffnet!
Pfandleihe Invalidenstr. 14, I. 2683b

Pfandleihe von **G. Meyer,** jetzt Wienerstr. 1, Eing. Skalitzerstr., beleiht j. Werthsache

Empfehle den Vereinen und Genossen meine Bilderhandlung und Sinnsprüche (eigenes Fabrikat), Lassalle, Marx 2c., auch zu Verloosungen nebst Dekoration, sowie Lassalle-Büsten (62 cm zu 6 M.), Marx-Büsten 42½ cm, Stocklaternen 2c.
M. Richter, 2276g
Inh. der Firma Fröhlich u. Richter, Berlin O., Grüner Weg 65.

Kinderwagen gebr. Kottbuserstr. 13

Möbl. Schlafst. z. 1. Mai, Eing. sep., Britzerstr. 12, 1 Tr. r. 2693b

Frdl. Schlafstelle f. Hrn. ist zu verm. b. Schmidt, Seidelstr. 27, H. III. 2692b

Genosse f. möbl. Schlafstelle sof. o. sp. b. Janz, Posenerstr. 30, H. 4 Tr. 2681b

2 Genossen finden Schlafstelle Kottbuser Damm 20, 3 Tr. 2696b

Vorkost-Geschäft 2694b billig zu verkaufen Charlottenburg, Schillerstr. 20, bei Werner.

Arbeitsmarkt.

Glaser-Lehrling
sucht **H. Fuß,** Schmidstr. 23. 2688b

Rockschneider finden hellen Platz Friedrichstr. 178, H. r. III. bei **Hahn.**

Schneider, tüchtige Rockarbeiter, verl. Neue Grünstr. 38. 2688b

Korbmacher, 4 tüchtige Bambus-Arbeiter, auch solche, die es erlernen wollen, sofort gesucht.
2667b] **Laukau,** Halleschestr. 9.

Verantwortlicher Redakteur August Enders in Berlin Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.